LANDTAG INTERN
INFORMATIONEN FÜR BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Im Licht der Demokratie

Festwoche „80 Jahre Landtag“

LANDTAG INTERN 5/26
Informationen für Bürgerinnen und Bürger · Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe · 57. Jahrgang · 18. Wahlperiode · Ausgabe 5 · 20. Oktober 2026

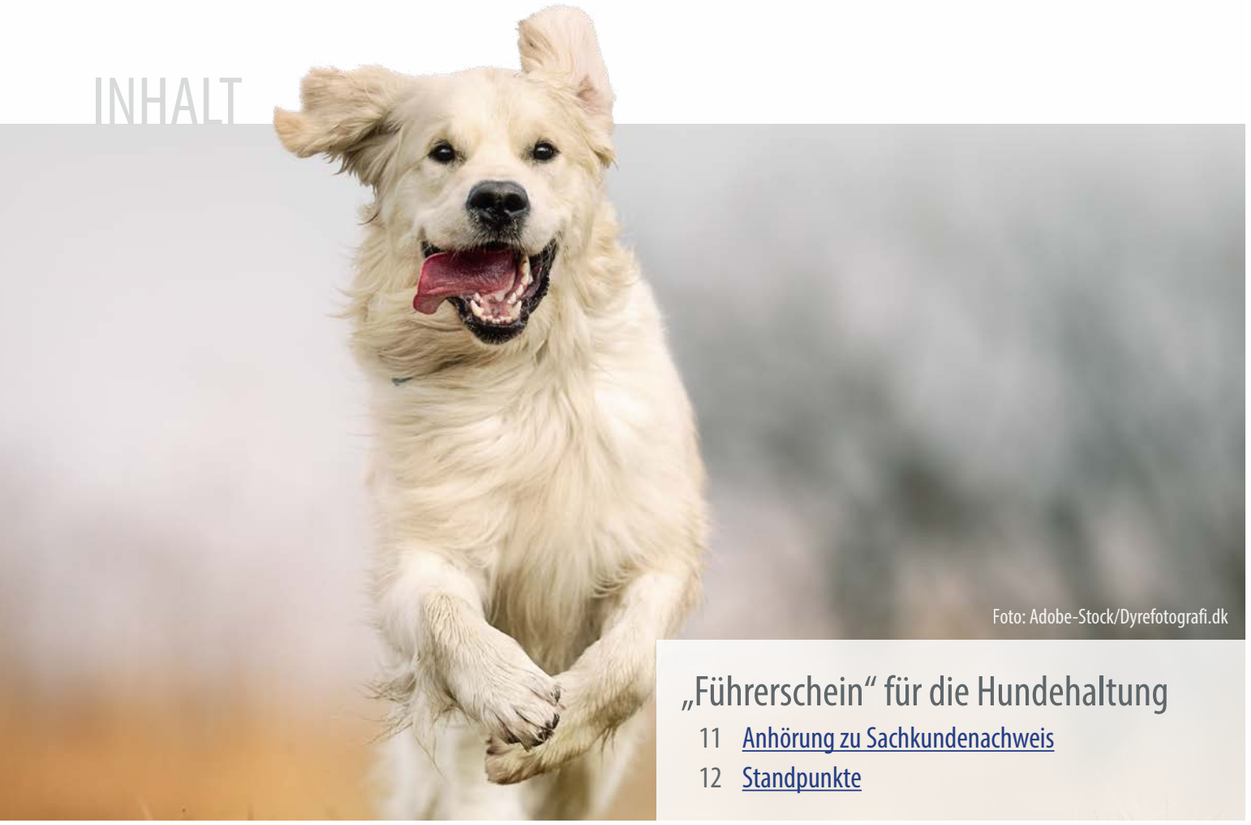


Foto: Adobe-Stock/Dyrefotografi.dk

„Führerschein“ für die Hundehaltung

11 Anhörung zu Sachkundenachweis
12 Standpunkte

Inhalt

Plenum

3 Streit um Rettungswachen
Debatte um medizinische Notversorgung

4 Auftakt der Haushaltsberatungen
Erste Lesung des Etatentwurfs 2027

6 **Meldungen**

8 Wirtschaftswachstum in NRW
Anlass: Neue Zahlen zum Bruttoinlandsprodukt

9 PISA und die Folgen
Bildungsstudie beschäftigt den Landtag

Forum

10 Beauftragte für Polizei und Bürgerschaft
Präsident begrüßt Ursula Mecklenbrauck

14 Abschied von Ingeborg Friebe
Landtag gedenkt früherer Präsidentin

16 Einsatz für Frieden und Demokratie
Delegation zu Besuch in Auschwitz-Birkenau

18 **Aus den Fraktionen**

Ausschüsse

20 Kampf gegen Antisemitismus
Beauftragte stellt Bericht vor

Forum

21 „Wir sind die Autoren der Demokratie“
Parlamentsgespräch mit Joachim Gauck

Woche der Demokratie

22 Ein Spiel aus Licht und Sprache
Illumination zum 80. Landtagsgeburtstag

24 Sinfonische Klänge zum Jubiläum
Festkonzert im Plenarsaal

26 „Einfach los, ohne Voranmeldung“
Besucherrekord bei der Parlamentsnacht

28 „Sei ein Mensch“
Gedenkort erinnert an verfolgte Abgeordnete

30 **Porträt:** Nina Andrieshen (SPD)

31 Kurz notiert

Streit um Rettungswachen

14. Oktober 2026 – Erneut hat sich der Landtag in einer Aktuellen Stunde mit der rettungsdienstlichen Versorgung im Land befasst. Beantragt hatte die Debatte die SPD-Fraktion. Anlass war ein Pressebericht, dem zufolge das Gesundheitsministerium die Bezirksregierungen angewiesen habe, den Neubau von Rettungswachen zurückzustellen. Hintergrund: der Streit zwischen Kommunen und gesetzlichen Krankenkassen um die Finanzierung von Leerfahrten im Rettungsdienst.

Die Landesregierung greife unmittelbar in die Planung der Kommunen ein und sorge für erhebliche Unsicherheit bei der Entwicklung unverzichtbarer Infrastruktur, schreibt die SPD-Fraktion in ihrem Antrag (18/21741). Sie kritisiert: „Besonders problematisch ist dabei, dass die Kommunen die finanziellen und organisatorischen Folgen dieses Vorgehens tragen müssen.“ Ein Konflikt zwischen Krankenkassen und Kommunen dürfe nicht dazu führen, dass Investitionen in die Notfallversorgung ausgesetzt würden.

Notfälle hielten sich nicht an Moratorien, so **Lisa-Kristin Kapteinat** (SPD). Und eine Rettungswache sei kein Luxus, sondern Voraussetzung dafür, dass Rettungskräfte schnell vor Ort sein könnten. „Einen weiteren Investitionsstau im Rettungswesen können wir uns deswegen wirklich nicht leisten.“ Der aktuelle Stillstand gehe zulasten der Menschen, insbesondere im ländlichen Raum. „Sorgen Sie dafür, dass die Kommunen wieder planen können“, forderte Kapteinat.

Forderung nach „durchdachter Reform“

Dem hielt **Marco Schmitz** (CDU) entgegen: „Wir arbeiten an der Lösung, die SPD arbeitet an der Schlagzeile.“ Zur Lösung des Finanzierungsproblems im Rettungsdienst hätten CDU und Grüne bereits einen Gesetzentwurf vorgelegt (siehe S. 7). Eine leistungsfähige Infrastruktur sei notwendig. Was aber helfe eine neue Rettungswache, wenn deren Finanzierung unsicher sei. Die SPD verlange schnelle Entscheidungen. CDU und Grüne hingegen wollten Entscheidungen, „die auch morgen noch tragen“.

Die Diskussion über die Finanzierung von Leerfahrten habe für viel Verunsicherung gesorgt, sagte **Susanne Schneider** (FDP). Zur Lösung der Problematik bedürfe es einer „durchdachten Reform“. Bevor man neue Rettungswachen baue, müsse klar sein, „wie der Rettungsdienst künftig organisiert und finanziert werden solle“. Es sei sinnvoll, neue Bauvorhaben bis zur Klärung der Rahmenbedingungen zurückzustellen. Allerdings dürfe aus einem Moratorium kein Stillstand werden.

Mit ihrem Vorwurf, die Versorgungssicherheit in Nordrhein-Westfalen sei gefährdet, betreibe die SPD-Fraktion „Alarmismus“, kritisierte **Meral Thoms** (Grüne). Die Fraktionen von CDU und Grünen hätten einen Gesetzentwurf zur Änderung des Rettungsdienstes ausgearbeitet, der am Folgetag im Plenum beraten werde. Die Landesregierung setze auf „Reformen, die wirken“. Auf den Rettungsdienst könnten sich die Menschen in Nordrhein-Westfalen verlassen.

In der Notfallversorgung sei seit Jahren absehbar, dass Gebäude saniert werden müssten, sagte **Dr. Martin Vincentz**, Vorsitzender der AfD-Fraktion. Das sei zu lange aufgeschoben worden. Es gebe einen erheblichen „Sanierungsstau“. Zudem sei die Finanzierung von Notfallambulanzen nicht geklärt. Ferner sei das „wesentliche Problem“ nach wie vor nicht gelöst: dass es zu viele Leerfahren gebe. Zu viele hausärztliche Fälle landeten beim Rettungsdienst.

Gesundheitsminister **Karl-Josef Laumann** (CDU) betonte, es gebe keinen Baustopp. Alle Vorhaben, die in der Ausführung seien, könnten zu Ende geführt werden. Nur noch nicht umgesetzte Planungen sollten mit Blick auf anstehende Reformen auf Bundesebene überprüft werden – mit dem Ziel, zeitgemäß zu bauen. Werde ein „unabänderlicher Bedarf“ festgestellt, werde die Refinanzierung zunächst lokal mit den Krankenkassen abgestimmt. Wenn es nicht zu einer Einigung komme, entscheide die Bezirksregierung. Werde der Bedarf anerkannt, werde auch gebaut.

kri, rüc, tob, wib

Rettungswache Krefeld — Foto: IMAGO/Rüdiger Wölk

Pläne für 2027 – Landtag berät erstmals über Haushaltsentwurf

16. September 2026 – Finanzminister Dr. Marcus Optendrenk (CDU) brachte den Entwurf für den Haushalt 2027 im Landtag ein. Dieser hat ein Gesamtvolumen von 115,5 Milliarden Euro. Damit sind die Einnahmen und Ausgaben laut Entwurf (18/21000) etwa drei Milliarden Euro höher als im laufenden Jahr.

Finanzminister Dr. Marcus Optendrenk (CDU)

Jochen Ott (SPD)

Thorsten Schick (CDU)

Fotos: Hartmann

Finanzminister **Dr. Marcus Optendrenk** (CDU) verwies auf die Sabotageakte am Stromnetz, den Drohnenangriff am Leipziger Flughafen und den Cyberangriff auf die Berliner Verwaltung. Die Wirklichkeit dieses Septembers verlange eine klare Antwort auf die Frage, ob der Staat verlässlich sei. Dies sei er, wenn er handle, investiere und sich modernisiere. Und genau dies tue die Landesregierung mit dem Haushalt 2027. Entscheidend für eine funktionierende Gesellschaft seien wirtschaftliche Stabilität, soziale Sicherung, gute Bildung sowie innere und äußere Sicherheit. Nordrhein-Westfalen bleibe trotz wirtschaftlich schwieriger Zeiten verlässlich. Der Minister hob Investitionen in die Bildung hervor, die weiter Priorität habe, sowie in digitale Sicherheit und eine finanzielle Stärkung der Kommunen.

Die Landesregierung lege einen Haushalt mit der höchsten Neuverschuldung seit 2010 vor, kritisierte SPD-Fraktionschef **Jochen Ott**, obwohl das Haushaltsvolumen in den vergangenen Jahren stark gestiegen sei. Mehr Investitionen in Bildung, Wohnen und Infrastruktur seien nötig. Die Landesregierung dagegen gebe „viel Geld für eine Politik aus, die vollkommen erfolglos ist“. Der schwarz-grüne Haushalt sei ein „Dokument des Stillstands“ und ein „Dokument der Resignation“. Schulen kämpften mit Unterrichtsausfall, Kitas mit Personalnot. Verschuldete Kommunen seien kaum in der Lage, den laufenden Betrieb aufrechtzuerhalten: „Das ist eine tickende Zeitbombe, das ist demokratiegefährdend.“ Auch wirtschaftlich stecke das Land fest. Im Rheinischen Revier etwa würden „Millionen und Milliarden verbrannt, ohne dass daraus eine echte industrielle Zukunft für Nordrhein-Westfalen entsteht“.

„Angespannte Phase“

CDU-Fraktionschef **Thorsten Schick** sagte, das Land befinde sich angesichts des Ukraine-Kriegs, der Krise im Nahen Osten und der US-Zollpolitik in einer „geopolitisch und wirtschaftlich hochgradig angespannten Phase“. In diesen herausfordernden Zeiten sei es wichtig, mit dem Haushalt Prioritäten zu setzen, dort zu investieren, wo es um die Zukunft gehe, und dafür zu sorgen, dass der Staat funktioniere. Die Landesregierung liefere Verlässlichkeit mit dem Etat 2027. Sie habe eine „historische Altschuldenlösung“ für die Kommunen erreicht und erhöhe erstmals seit mehr als 50 Jahren deren Anteil an den Steuereinnahmen. Mit Mitteln von Bund und Land werde das „größte Infrastrukturprogramm in der Geschichte des Landes“ realisiert. Schick betonte: „Wir reden nicht mehr nur über den Sanierungsstau, sondern wir arbeiten ihn ab.“

Es liege an der Politik der Landesregierung und nicht an den Rahmenbedingungen, „dass wir nicht nach vorne kommen in diesem Land“, sagte FDP-Fraktionschef **Henning Höne**. Die schwarz-grüne Regierung habe seit 2022 entgegen dem eigenen Versprechen stets Haushalte mit neuen Schulden vorgelegt – eine „schwere Hypothek für kommende Generationen“. Höne: „Die Ausgaben des Staates steigen, aber die Probleme, sie bleiben.“ Während auch der Landesrechnungshof eine Kurskorrektur fordere, erhöhe die Landesregierung lediglich den Kreditrahmen. Neue Schulden würden allerdings nicht für mehr Investitionen genutzt, die angesichts sinkender Beschäftigungszahlen in der Industrie dringend nötig seien. Nordrhein-Westfalen erlebe einen „Substanzverlust“, keine Transformation. Das zeige sich bei Insolvenzen, die von 2022 bis 2025 um rund 72 Prozent gestiegen seien.

Henning Höne (FDP)

Mehrdad Mostofizadeh (Grüne)

Dr. Martin Vincentz (AfD)

„Erhalt vor Neubau“

Grünen-Fraktionschef **Mehrdad Mostofizadeh** wies die Kritik der Opposition zurück. Sie suche reflexhaft das Haar in der Suppe und rede wider besseres Wissen vom Untergang des Landes. Falsche Versprechungen führten nur zu Frust. Schwarz-Grün gehe den populistischen Weg nicht mit, sondern trage Verantwortung. In der Verkehrspolitik gehe Erhalt vor Neubau, und die Koalition denke die verschiedenen Verkehrsträger zusammen. Es werde in den Erhalt, Um- und Ausbau von Landesstraßen investiert. Verkehrsminister Oliver Krischer (Grüne) habe mit deutlich vereinfachten Verfahren dafür gesorgt, dass Verbesserungen unmittelbar sichtbar würden. „Wir bauen Brücken, wo Berlin noch diskutiert.“ Der Grünen-Fraktionschef hob auch Investitionen in den Klimaschutz und in klimafreundliche Modernisierung hervor. Beim Ausbau der Windenergie sei das Land auf Platz 1 in Deutschland.

Baustellen türmten sich in den Bereichen Bildung, innere Sicherheit, Infrastruktur und Wirtschaft, kritisierte AfD-Fraktionschef **Dr. Martin Vincentz**. Von der Landesregierung würden Probleme aber nicht gelöst, sondern „allenfalls mit Steuergeld beworfen“. Trotz Rekordsteuereinnahmen seien neue Schulden geplant, die wiederum hohe Zinsen nach sich zögen. Jeder Euro für Zinsen fehle bei anderen Aufgaben. Nicht die Bürgerinnen und Bürger, sondern die Landesregierung und der „politische Apparat“ sollten den Gürtel enger schnallen. 41 Prozent der jungen Menschen insbesondere in NRW wollten bereits auswandern. „Deutlicher kann Politik nicht scheitern. Heimat ist hier, und die lohnt es zu schützen.“ Es sei „dringend Zeit für eine andere Regierung“, die einen neuen Kurs in der Migrations-, Wirtschafts- und Energiepolitik einschlage.

Der Haushaltsentwurf wurde zur weiteren Beratung an den Haushalts- und Finanzausschuss (federführend) überwiesen. Mitberaten wurde die Finanzplanung 2026 bis 2030 (Vorlage 18/5405).

wib, tob

Eckdaten des Budgetentwurfs 2027

Der Haushaltsentwurf hat ein Volumen von 115,5 Milliarden Euro, rund 3 Milliarden Euro mehr als 2026. Die Steuereinnahmen werden auf 83 Milliarden Euro geschätzt (2026: 82 Milliarden Euro). Die Personalausgaben steigen von 38,3 auf 39,9 Milliarden Euro. Die Investitionsausgaben liegen bei 13,5 Milliarden Euro (12,6 Milliarden). Es wird eine Nettoneuverschuldung von 5 Milliarden Euro eingeplant.

Soziale Medien

16.9.2026 – Der Landtag hat sich mit Regeln für die Nutzung von sozialen Medien befasst. „Kinder und Jugendliche brauchen einen wirksameren Schutz im digitalen Raum“, schreibt die SPD-Fraktion im zugrundeliegenden Antrag (18/20959). Die Landesregierung solle sich im Bund für eine „verbindliche, altersgestufte Regelung für Social-Media-Plattformen“ einsetzen. Für Kinder unter 13 Jahren sollen Verbote, für Jugendliche zwischen 13 und 16 Jahren „verbindliche altersgerechte Schutzstandards“ gelten. Dazu zählten „sichere Voreinstellungen für Jugendaccounts“ sowie die „Deaktivierung sucht- und nutzungsverstärkender Designmechanismen wie Endlos-Scrolling“. Für Jugendliche zwischen 16 und 18 Jahren müsse es unter anderem „mehr Nutzerkontrolle über algorithmische Empfehlungssysteme und personalisierte Inhalte“ geben. Der Antrag wurde mit den Stimmen aller anderen Fraktionen abgelehnt.

Enquetekommission „Wasser“

16.9.2026 – Die Enquetekommission „Wasser in Zeiten der Klimakrise“ hat ihren Abschlussbericht (18/20950) im Plenum vorgestellt. Die Kommission war im Jahr 2024 auf Antrag der Grünen (18/8423) eingesetzt worden. In den vergangenen zwei Jahren hat sie sich mit Fragen zur Wasserverfügbarkeit und -qualität sowie zu Nutzungskonkurrenzen befasst. Themen waren auch die Auswirkungen auf Ökosysteme, die Trinkwasserversorgung sowie die Wassernutzung in Landwirtschaft, Industrie und Energiewirtschaft. Auch die Zuständigkeiten sowie schlankere Genehmigungsprozesse und Finanzierungsfragen wurden diskutiert. Die Kommission hat 158 Empfehlungen vorgelegt, um negative Folgen des Klimawandels für die Wasserverfügbarkeit und -qualität abzumildern.

Kohleausstieg

16.9.2026 – Der auf das Jahr 2030 vorgezogene Braunkohleausstieg sei „nicht mehr realistisch und damit faktisch gescheitert“, schreibt die FDP-Fraktion in einem Antrag (18/21215), über den die Abgeordneten im Plenum beraten haben. Die Landesregierung müsse mit einer neuen Leitentscheidung Voraussetzungen schaffen, damit die „Kohlekraftwerke in Nordrhein-Westfalen so lange weiterlaufen können, wie sie benötigt werden“. Der endgültige Kohleausstieg in Nordrhein-Westfalen solle – wie ursprünglich vorgesehen – im Jahr 2038 erfolgen. Der Regelbetrieb der im Jahr 2030 zur Stilllegung vorgesehenen Braunkohlekraftwerke sei so lange zu verlängern, „bis der Zubau ausreichender Ersatzkapazitäten gewährleistet ist“. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, SPD und Grünen abgelehnt. Neben der FDP stimmte die AfD-Fraktion dafür.

Künstliche Intelligenz

16.9.2026 – Nordrhein-Westfalen sei immer schon Motor technologischer Innovation gewesen und beschreite heute den Weg „Von der Kohle zur KI“, heißt es in einem Antrag (18/21202) der Fraktionen von CDU und Grünen. Besonderes Potenzial liege in der KI-basierten Robotik. Sie sei die Antwort auf die aktuellen Herausforderungen und den Fachkräftemangel. Die Transformation der Industrie gelinge aber nur, wenn „wir den erheblichen Forschungs- und Entwicklungsbedarf bei KI-basierten Systemen proaktiv decken“. Die Landesregierung solle daher entsprechende Forschungsprojekte durch die Finanzierung von Infrastruktur unterstützen und den Auf- und Ausbau europäisch betriebener KI-Hochleistungscluster in den Blick nehmen. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU und Grünen angenommen. Die AfD stimmte dagegen, SPD und FDP enthielten sich.

Stiftungen

16.9.2026 – Die AfD-Fraktion fordert in einem Antrag (18/21210), „die Förderung parteinaher Stiftungen aus dem Landeshaushalt Nordrhein-Westfalen zu beenden“. Staatliche politische Bildungsarbeit müsse dem Gebot der Überparteilichkeit verpflichtet sein. Entscheide sich der Staat für die „Finanzierung parteinaher Stiftungen“, müsse der Gesetzgeber festlegen, welche Voraussetzungen für die staatliche Finanzierung parteinaher politischer Organisationen“. Als problematisch erscheine zudem der Verteilungsschlüssel, der die gegenwärtigen politischen Kräfteverhältnisse nicht abbilde und keinem gesetzlich verankerten Berechnungsschlüssel folge. Der Antrag wurde mit den Stimmen aller anderen Fraktionen abgelehnt.

Foto: Schälte

Verfassungsänderungen

17.9.2026 – Die Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP haben einen gemeinsamen Gesetzentwurf zur Änderung der Landesverfassung in den Landtag eingebracht. Der Entwurf (18/21201) sieht einerseits eine Neuregelung zur jeweils ersten Sitzung des Landtags nach einer Wahl vor. Die Leitung der konstituierenden Sitzung soll künftig nicht mehr das lebensälteste, sondern das am längsten dem Landtag angehörende Mitglied übernehmen. Die Neuregelung stelle sicher, dass die Sitzungsleitung über die hierfür erforderliche Parlamentserfahrung verfüge, heißt es im Entwurf. Zudem sind Neuregelungen geplant, um „die Funktionsfähigkeit, Unabhängigkeit und Unparteilichkeit des Verfassungsgerichtshofes für das Land Nordrhein-Westfalen“ abzusichern. Der Entwurf wurde zur weiteren Beratung an den Hauptausschuss überwiesen.

Große Anfrage zu „Fake-Zertifikaten“

14.10.2026 – Die Abgeordneten haben sich mit einer Großen Anfrage der AfD-Fraktion (18/15939) zu Geschäften mit „Fake-Zertifikaten“ befasst, die zur Erlangung von dauerhaften Aufenthaltstiteln oder des deutschen Passes dienten. Es gehe um B1-Sprachzertifikate sowie Zertifikate in Verbindung mit dem Einbürgerungstest „Leben in Deutschland“, schreibt die Fraktion. Ihre Fragen beziehen sich unter anderem auf behördliche Prüfverfahren sowie das Ausmaß eines „kriminellen Handels“. Die Landesregierung legt in ihrer Antwort (18/15939) dar, dass sie sich der Thematik gefälschter Sprachzertifikate „mit Nachdruck“ widme. Im ersten Halbjahr 2024 habe das zuständige Ministerium bereits einen Austausch im Bund-Länder-Kreis angestoßen, der aktuell vertieft und konkretisiert werde.

Große Anfrage zur Afrikanischen Schweinepest

15.10.2026 – Die bisherigen Maßnahmen der Landesregierung hätten offenkundig nicht gereicht, um die Afrikanische Schweinepest zu stoppen, heißt es in einer Großen Anfrage der SPD-Fraktion (18/18355) zum Thema „Nur Reaktion oder echte strategische Prävention: Was ist der Plan der Landesregierung gegen die Afrikanische Schweinepest (ASP)?“. Parlament und Öffentlichkeit müssten nachvollziehen können, ob die Landesregierung eine Gesamtstrategie verfolge und welche dies sei. Die Landesregierung entgegnet in ihrer Antwort (18/20549) unter anderem, sie habe durch die bislang ergriffenen Maßnahmen eine großflächige Ausbreitung der Tierseuche beim Schwarzwild und einen Eintrag in den Hausschweinebestand verhindert.

Foto: Ingo Kramarek

Rettungsdienst

15.10.2026 – Die Fraktionen von CDU und Grünen wollen die Finanzierung des Rettungsdienstes reformieren. Sie brachten dazu den Entwurf für das „Dritte Gesetz zur Änderung des Rettungsgesetzes NRW“ (18/21621) in den Landtag ein. Es sieht vor, die Finanzierung vom Gebühren- bzw. Festbetragsmodell auf ein Verhandlungsmodell umzustellen. „Ziel ist es, eine Verhandlungslösung für die Träger rettungsdienstlicher Aufgaben und die Verbände der Krankenkassen mit der Möglichkeit des Schiedsstellenverfahrens bei Streitigkeiten zu schaffen“, heißt es im Entwurf. Die Verbände der Krankenkassen seien vielfach dazu übergegangen, einseitig ihre finanzielle Leistungspflicht auf Festbeträge zu beschränken und die Gebühren der Träger rettungsdienstlicher Aufgaben nur noch teilweise zu refinanzieren. Der Entwurf wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (federführend) überwiesen (siehe S. 3).

Verabschiedete Gesetze

September/Oktober 2026 – Der Landtag hat im September und Oktober mehrere Gesetze verabschiedet: das „Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Studierendenwerke im Land Nordrhein-Westfalen“ (18/18103; 18/21378), das „Zweite Gesetz zur Änderung des Landesrichter- und Staatsanwältegesetzes“ (18/19693; 18/21344), das „Tarifentgeltsicherungsgesetz“ (18/19004; 18/21718), das „Vierte Gesetz zur Änderung des Abschiebungshaftvollzugsgesetzes Nordrhein-Westfalen“ (18/19715), das „Landesumsetzungsgesetz Pflegefachassistenz NRW“ (18/20441; 18/21676), das „Gesetz zur Anpassung verbands- und wasserrechtlicher Vorschriften“ (18/19696), das „Gesetz zur Entlastung und Beschleunigung des Vollzugs des Naturschutzrechts und anderer Vorschriften“ (18/18826; 18/21767) und das „Gesetz zur Änderung des Klimaanpassungsgesetzes Nordrhein-Westfalen“ (18/18827).

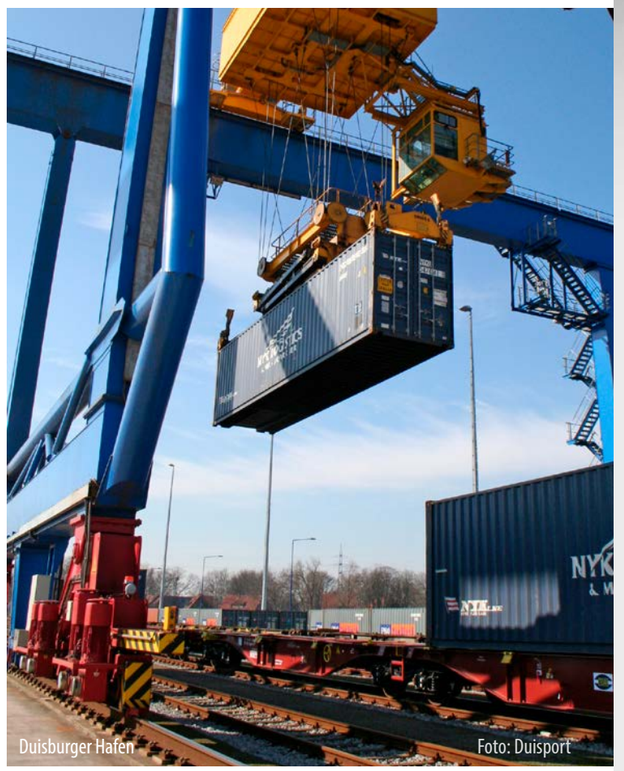
Eine Übersicht über alle Gesetzentwürfe, die derzeit beraten werden, finden Sie unter: https://lt.nrw/Gesetzgebung

Aktuelle Stunde zum Wirtschaftswachstum

15. Oktober 2026 – Der Landtag hat auf Antrag der FDP-Fraktion in einer Aktuellen Stunde über die wirtschaftliche Entwicklung in Nordrhein-Westfalen debattiert. Anlass waren Erhebungen des Statistischen Landesamtes und die Herbstprojektion der Bundesregierung zur wirtschaftlichen Entwicklung.

Im Jahr 2026 werde für Deutschland ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 1,3 Prozent erwartet, schreibt die FDP-Fraktion in ihrem Antrag (18/21742). Die Wachstumsprognose sei damit deutlich angehoben worden. Das Wachstum in Nordrhein-Westfalen bleibe allerdings deutlich dahinter zurück: Nach den Ergebnissen des Statistischen Landesamts sei die Wirtschaftsleistung im bevölkerungsreichsten Bundesland im ersten Halbjahr 2026 um 0,3 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum gestiegen. Deutschlandweit habe das Wachstum im gleichen Zeitraum 0,9 Prozent betragen.

„Bei ihren Ankündigungen klingt die Landesregierung nach Champions League, aber auf dem Platz ist Abstiegskampf“, sagte FDP-Fraktionschef **Henning Höne**. Nordrhein-Westfalen habe unter Schwarz-Grün den Anschluss verloren. Der Verweis auf die schwierige internationale Lage reiche nicht mehr. Die Landesregierung schwäche den Standort durch zusätzliche Bürokratie, etwa durch das Tarifentgeltsicherungsgesetz. Höne forderte die Landesregierung auf, dieses Vorgehen zu korrigieren und Investitionen wieder zu ermöglichen.



Duisburger Hafen Foto: Duisport

Von Kriegen besonders belastet

Dr. Jan Heinisch (CDU) kritisierte eine „Schwarzmalerei“ der FDP-Fraktion. Nicht das Land sei in schlechter Verfassung, sondern die Wahrnehmung der FDP zum Zustand der Wirtschaft sei falsch. Es gebe keinen Wachstumsstillstand im Land. Die Wirtschaft sei vielmehr um 0,3 Prozent gewachsen. Zwar sei die Industrie in NRW aufgrund ihrer Struktur besonders von den Kriegen in der Ukraine und im Nahen Osten betroffen, doch die Daten der Vorjahre zeigten: Aus der Wachstumslücke gegenüber dem Bund könne bis Ende des Jahres noch ein Vorsprung werden.

André Stinka (SPD) sagte, seine Zuversicht speise sich daraus, dass es am 25. April Landtagswahlen und einen Regierungswechsel gebe. Stinka betonte: „Das ist die einzige Zuversicht, die ich habe.“ Sicher gebe es weltweite Krisen, aber Hessen und Niedersachsen schafften es, damit anders umzugehen. Es gehe nicht nur um Zahlen, sondern um Menschen und Familien. Man müsse Sicherheit schaffen: „Das hat eine Wirtschaftspolitik zu leisten.“

Man sei mit der wirtschaftlichen Entwicklung in Nordrhein-Westfalen natürlich nicht zufrieden, sagte **Jan Matzoll** (Grüne). Es müsse mehr erreicht werden, und genau das passiere. Das zeigten zum Beispiel der Ausbau der Windenergieanlagen im Jahr 2025 auf Rekordniveau und die starke Gründungsdynamik im Land. Matzoll schloss: „Auf NRW ist Verlass. Wir beschleunigen Verfahren, wir erneuern Infrastruktur, wir bauen Brücken, sanieren Straßen, investieren in die Schiene.“

Christian Loose (AfD) kritisierte, in 170 Ländern der Welt wachse die Wirtschaft stärker als in Deutschland. Das in der Debatte „angepriesene tolle Wirtschaftswachstum auf Bundesebene“ sei kein Grund zum Feiern, sondern ein „absolutes Desaster“. Die Gründe für diese Lage in Deutschland und Nordrhein-Westfalen seien „hausgemacht“. Loose kritisierte hohe Energiepreise, hohe Arbeits- und Sozialkosten sowie weitere Belastungen für die Wirtschaft wie hohe Bürokratiekosten.

Wirtschaftsministerin **Mona Neubaur** (Grüne) betonte, endlich werde nicht mehr darüber diskutiert, wann es aufwärts gehe, sondern wie stark die Wirtschaft wachse. Diese stabilisiere sich, auch wenn die Dynamik noch verhalten sei. Der Opposition hielt sie vor, dass Wirtschaftspolitik nicht besser werde, wenn man die Lage schlechter rede. Neubaur: „Sie wird besser, wenn man die Bedingungen verbessert, unter denen Unternehmen investieren, Beschäftigte arbeiten und neue Ideen zu neuen Produkten werden.“ Dies tue die Landesregierung. *kri, rüc, wib*

Foto: Adobe-Stock/ Frank H.

PISA und die Folgen

17. September 2026 – Das schlechte Abschneiden deutscher Schülerinnen und Schüler bei der jüngsten PISA-Studie hat den Landtag beschäftigt. Demnach verfehlt rund ein Drittel der Jugendlichen beim Lesen und in der Mathematik das Mindestniveau. Auf Antrag von SPD und FDP debattierten die Abgeordneten auch über die Ergebnisse des aktuellen Bildungsmonitors.

Die Leistungen von 15-Jährigen in Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften befänden sich auf einem „historischen Tiefstand“, schreibt die SPD-Fraktion in ihrem Antrag (18/21379 Neudruck). Der Bildungserfolg hänge erheblich von der sozialen Herkunft ab.

Die Ergebnisse der PISA-Studie seien ein „besonders eindringlicher Warnruf für die deutsche Bildungspolitik“, betont die FDP-Fraktion (18/21380 Neudruck, 18/21220). Der Bildungsmonitor zeige: Während Deutschland international nur noch Mittelmaß erreiche, gehöre Nordrhein-Westfalen innerhalb dieses „geschwächten deutschen Bildungssystems selbst zur Schlussgruppe“.

„Aufstiegsversprechen“

Mit dem Befund der PISA-Studie seien individuelle Bildungsbiografien, gesellschaftliche Teilhabe und die wirtschaftliche Zukunft gefährdet, sagte SPD-Fraktionschef **Jochen Ott**. „Der eigentliche Skandal aber ist die soziale Ungleichheit.“ Die soziale Lage einer Familie sei der entscheidende Faktor für den Bildungserfolg eines Kindes – „weit bedeutsamer als die Frage nach Migration“. Schwarz-Grün müsse mit einem Sofortprogramm für mehr Personal und eine bessere Förderung an Schulen sorgen.

PISA sei nicht nur ein Schultest, sondern zeige auch, ob das Aufstiegsversprechen in NRW funktioniere, sagte **Franziska Müller-Rech** (FDP). „Und bei diesem Test hat die Landesregierung miserabel abgeschnitten.“ Nach mehr als vier Jahren in der Regierung gelte für Schwarz-Grün: „Die Leistungen sinken und die Problemberge wachsen.“ Es brauche mehr Personal, zusätzliche Lernangebote in den Ferien, mehr Förderung in Kleingruppen und eine bessere Zusammenarbeit mit Berufskollegs.

Schon 2023 sei über PISA-Werte gesprochen worden, die „dramatisch“ seien, erwiderte **Florian Braun** (CDU). Die Landesregierung wirke entgegen und habe unter anderem das „Handlungskonzept Unterrichtsversorgung“ eingeführt, mit deutlich mehr Personal an Schulen. Mit dem „Schulkompass 2030“ gebe es eine „strategische Linie“ für alle Beteiligten im Schulwesen. Die geplanten ABC-Klassen für vorschulische Kurse seien zudem ein „echter Gamechanger“.

Dr. Christian Blex (AfD) sagte, die Ergebnisse der Bildungsstudien seien „wieder einmal desaströs“. Die schwarz-grüne Koalition und die anderen Oppositionsfraktionen spielten aber ein „durchschaubares Schauspiel“ und würden den Grund für die Ergebnisse nicht beim Namen nennen. Dieser Grund sei die „unkontrollierte Massenzuwanderung“ aus „bildungsfernen Regionen“ in die Schulen und die Sozialsysteme.

Lena Zingsheim-Zobel (Grüne) kritisierte die Äußerungen ihres Vorredners als „rassistisch“. Mit Blick auf die Studien sagte sie, es gebe Handlungsbedarf. Die Koalition handle und investiere beispielsweise in frühkindliche Bildung und Sprachförderung, unter anderem durch Einführung der ABC-Klassen. Sie investiere in Ganztagsplätze und multiprofessionelle Teams. Die Koalition mache strukturelle Änderungen, um strukturelle Benachteiligungen abzubauen.

Auch Schulministerin **Dorothee Feller** (CDU) betonte: „Wir haben mit der Aufholjagd bereits begonnen.“ 45 Prozent des Gesamthaushalts flössen in die Bildung, damit belege Nordrhein-Westfalen Platz 1 im Ländervergleich. Die Erzählung, dass Bildung keine Priorität habe, sei falsch. Feller hob zugleich hervor: „Wir haben auch in Nordrhein-Westfalen sehr tolle Schülerinnen und Schüler, auf die wir stolz sein können, ob mit oder ohne Migrationshintergrund.“ *tob, wib*

Der Bildungsmonitor 2026 beobachtet die Entwicklung des deutschen Bildungssystems seit dem Jahr 2004 und misst in 13 Handlungsfeldern, ob Fortschritte erzielt wurden. Bewertet wird, inwiefern das Bildungssystem eines Bundeslands zu Wachstum und Wohlstand beiträgt. Die jährliche Vergleichsstudie wird vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft erstellt.

PISA steht für „Programme for International Student Assessment“. Die internationale Schulleistungsstudie untersucht, welche Kompetenzen 15-jährige Schülerinnen und Schüler gegen Ende ihrer Pflichtschulzeit in Naturwissenschaften, Mathematik und Lesen haben. Weltweit nahmen Jugendliche aus 91 Staaten und Volkswirtschaften teil. In Deutschland führt das Zentrum für internationale Bildungsvergleichsstudien die PISA-Studie im Auftrag der Kultusministerkonferenz und des Bundesbildungsministeriums durch.

FORUM

Beauftragte für Polizei und Bürgerschaft

Oktober 2026 – Sie ist Ansprechpartnerin für Bürgerinnen und Bürger sowie Polizeibeschäftigte. Anfang Oktober hat die erste unabhängige Polizeibeauftragte des Landes, Ursula Mecklenbrauck, ihre Arbeit aufgenommen. Der Landtag hatte sie im Mai für fünf Jahre gewählt.

Die Polizeibeauftragte soll das partnerschaftliche Verhältnis zwischen Gesellschaft und Polizei stärken. Sowohl Bürgerinnen und Bürger als auch Beschäftigte der Polizei können sich mit Anliegen an sie wenden. Die Beauftragte soll zudem Hinweise auf mögliche Fehlentwicklungen frühzeitig aufgreifen und den Dialog fördern. Organisatorisch ist sie nicht Teil der Polizei, sondern beim Präsidenten des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, angesiedelt. Sie arbeitet unabhängig und ist nicht an Weisungen gebunden.

Die Beauftragte ist zuständig für Anliegen, die einen unmittelbaren Bezug zur Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen haben. Dazu gehören Hinweise auf mögliches Fehlverhalten, Anregungen zur Verbesserung der Polizeiarbeit sowie Lob und Anerkennung für polizeiliches Handeln. Auch Polizeibeschäftigte können sich mit innerdienstlichen Anliegen unmittelbar und ohne Einhaltung des Dienstwegs an die Polizeibeauftragte wenden. Grundlage ihrer Arbeit ist das vom Parlament beschlossene Polizeibeauftragtengesetz Nordrhein-Westfalen.

Präsident Kuper begrüßte Ursula Mecklenbrauck beim Landtag: „Die Polizei in Nordrhein-Westfalen ist Garantin von Sicherheit, Freiheit und Demokratie und genießt hohes Vertrauen bei den Bürgerinnen und Bürgern. Dieses Vertrauen zu erhalten und weiter zu stärken, ist eine gemeinsame Aufgabe des Landtags und der neuen Polizeibeauftragten. Mit Ursula Mecklenbrauck übernimmt eine erfahrene Juristin und Kennerin der Polizei. In ihrem Amt steht sie für Dialog, Transparenz und Lösungsorientierung. Die Polizeibeauftragte ist eine wichtige Brücke zwischen Gesellschaft und Polizei und damit ein Gewinn für unseren demokratischen Rechtsstaat.“

Präsident André Kuper begrüßte Ursula Mecklenbrauck im neuen Amt. Foto: Schälte

„Vertrauen und Respekt stärken“

Ursula Mecklenbrauck dankte für das Vertrauen: „Als Polizeibeauftragte ist es mein Ziel, das vertrauensvolle Miteinander zwischen Gesellschaft und Polizei weiter zu stärken. In den vergangenen Jahren als Polizeipräsidentin in Krefeld habe ich mich sowohl um die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger als auch um die Belange der Angehörigen der Polizei gekümmert. Gemeinsam mit meinem Team möchte ich hieran als Polizeibeauftragte anknüpfen. Wir sind immer ansprechbar, hören zu und vermitteln. Die Arbeit der Polizei ist herausfordernd, gerade deshalb braucht sie einen starken Rückhalt bei den Bürgerinnen und Bürgern. Es ist meine Aufgabe, Brücken zu bauen, um Vertrauen und Respekt zu stärken.“

Die Volljuristin verfügt über langjährige Erfahrung in der Landesverwaltung. Zu ihren beruflichen Stationen zählen das Innenministerium und die Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen. Polizeipräsidentin von Krefeld war sie seit 2022.

In ihrem neuen Amt berichtet Mecklenbrauck dem Landtag in einem jährlichen Tätigkeitsbericht. *red*

Wer ein Anliegen hat, muss sich nicht an einen speziellen Weg halten. Es reicht eine E-Mail oder ein Brief mit der Schilderung des Sachverhalts unter Angabe von Namen und vollständiger Anschrift. Eingaben und personenbezogene Angaben werden nicht veröffentlicht. Die Polizeibeauftragte ist gesetzlich zur Verschwiegenheit verpflichtet. Dies gilt auch nach Beendigung ihrer Tätigkeit. Mehr Informationen: https://lt.nrw/Polizeibeauftragte

SCHWERPUNKT

„Führerschein“ für die Hundehaltung

21. September 2026 – Der Hund gilt sprichwörtlich als der beste Freund des Menschen. Allerdings braucht es umfangreiche Kenntnisse, um einen Hund artgerecht zu halten. Die SPD-Fraktion fordert daher in einem Antrag, einen Sachkundenachweis für alle Hundehalterinnen und -halter einzuführen. Dazu haben sich Sachverständige in einer Anhörung des Ausschusses für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume geäußert.

Ein Sachkundenachweis könne zur Prävention von Tierleid und zur Stärkung einer verantwortungsvollen Hundehaltung beitragen, heißt es im Antrag (18/18084). Dieser käme sowohl den Hunden als auch den überfüllten und unterfinanzierten Tierheimen zugute. Die Abnahme von Kenntnisprüfungen könnte langfristig eine Einnahmequelle darstellen und den Handlungsspielraum der Tierheime vergrößern, so die SPD-Fraktion

Dr. Barbara Felde von der Deutschen Juristischen Gesellschaft für Tierschutzrecht begrüßt in ihrer schriftlichen Stellungnahme den Antrag. Mangelnde Sachkunde könne zur Überforderung von Hund und Halter und zu Verhaltensproblemen führen. Solche Probleme könnten unter Umständen die Abgabe eines Hundes an ein Tierheim nach sich ziehen. Ein allgemeiner Sachkundenachweis könnte dazu beitragen, problematischen Entwicklungen vorzubeugen. Allerdings sollte der Sachkundenachweis nach einem angemessenen Zeitraum evaluiert werden, um zu untersuchen, welche Wirkung er tatsächlich entfalte.

Katzen als Hauptlast in Tierheimen

Prof. Dr. Susanne Benöhr-Laqueur von der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen hingegen äußerte sich skeptisch. In der vorliegenden Form sei der Antrag bedenklich. Tierschutzaspekte eigneten sich zum Beispiel kaum als tragfähiges Argument für eine Sachkundepflicht, die ausschließlich Hundehalter erfasse: Katzen seien die Hauptlast in Tierheimen. Der im Antrag formulierte Vorschlag, Tierheime über Pflichtgebühren zu finanzieren, berühre außerdem den Bereich der juristisch angreifbaren Quersubventionierung. Es werde daher empfohlen, ein rechtssicheres Gesetz zu formulieren, „das alle qualifizierten Stellen einbindet“.

Sachkunde in der Tierhaltung werde bisher erst im Nachhinein geprüft, „nämlich dann, wenn einem Tier Leid zugefügt wurde“, hob die Tierärztin Judith Schönenstein hervor. Ein Sachkundenachweis vor der Anschaffung eines Hundes sei daher sehr notwendig. Zahlreiche Tierschutzprobleme entstünden aus fehlendem Wissen, falschen Erwartungen oder einer unüberlegten Anschaffung. Grundsätzlich solle ein Sachkundenachweis modernes, tierschutzgerechtes Wissen vermitteln. Für die Vermittlung entsprechender Kenntnisse sei ein wissenschaftlich fundiertes Schulungskonzept sinnvoll.

Der aus den Medien bekannte Hundetrainer Martin Rütter betonte, dass die Hürden für die Anschaffung eines Hundes zu niedrig seien: „Es fehlt in der Hundehaltung die verpflichtende Sicherstellung der fachlichen Eignung.“ Schulungen und Prüfungen sollten vor der Anschaffung eines Hundes stattfinden. Zu erwarten sei unter anderem eine Reduzierung der Beißvorfälle. Die Einbindung der Tierheime begrüßt Rütter ausdrücklich: Eine regelmäßige Einkommensquelle in Form von Prüfungen und Schulungen könne dazu beitragen, die finanzielle Belastung der Tierheime einzudämmen. Für eine tatsächliche Entlastung müssten allerdings entstehende Kosten berücksichtigt werden.

Enrico Seeber, Hundetrainer und Hundefachwirt, befürwortet eine Sachkundepflicht. Diese schaffe faire und verständliche An-

Foto: Adobe-Stock/Dyrefotografi.dk

forderungen. Erworben werden sollte der Nachweis vor Anschaffung eines Hundes. Im Mittelpunkt stehen müssten alltagsrelevante Handlungskompetenz, rechtliche Pflichten und gegenseitige Rücksichtnahme. Den Vorschlag, Schulungen und Prüfungen an Tierheime zu geben, unterstützt Seeber ausdrücklich nicht: „Tierheime dürfen nicht darauf verwiesen werden, notwendige Mittel für ihre Tierschutzarbeit durch immer neue Zusatzaufgaben selbst zu erwirtschaften."

Bestehende Systeme

Der Antrag erwecke den Eindruck, Nordrhein-Westfalen verfüge bislang über keine ausreichenden gesetzlichen Regelungen, kritisiert der Förderverein für Gebrauchshundewesen. Bereits 2002 aber habe der Gesetzgeber ein Regelungssystem geschaffen, das für Halterinnen und Halter gefährlicher Hunde, bestimmter Hunderassen sowie großer Hunde gelte. Bevor nun eine neue Nachweis- und Kontrollpflicht geschaffen werde, sei zu klären, „welchen zusätzlichen Nutzen diese Verpflichtung im Vergleich zum bestehenden System erwarten lässt".

Christian Kromberg, Verwaltungsvorstand der Stadt Essen, hielt in seiner mündlichen Stellungnahme fest, dass ein Sachkundenachweis grundsätzlich sinnvoll sei. Dies sähen auch das Essener Ordnungsamt, das Veterinäramt und das Tierheim der Stadt so. Allerdings sei der hohe kommunale Verwaltungsaufwand zu bedenken. Unter anderem seien die Kontrollpflicht und der Umgang mit fehlenden Nachweisen zu regeln. Bereits die Umsetzung der aktuellen Bestimmungen sei sehr aufwendig. Zudem müsse geklärt werden, wer die entstehenden Kosten finanziere. Sinnvoll sei gegebenenfalls ein Pilotversuch, der im Nachgang evaluiert werden müsse. *rüc*

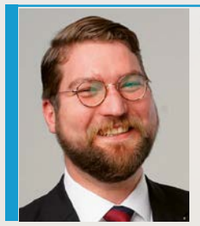
Eine Übersicht zu allen Stellungnahmen finden Sie hier:

Standpunkte

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

„Führerschein" für die Hundehaltung

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

	Hunde …	Hundehalterinnen und -halter …	Ein Sachkundenachweis …	Tierheime …
Bianca Winkelmann (CDU)	… sind neben Katzen die beliebtesten Haustiere in Nordrhein-Westfalen. Für viele Menschen sind sie nicht nur treue Begleiter, sondern Familienmitglieder. Für ein sicheres und rücksichtsvolles Miteinander im Wohnumfeld, auf öffentlichen Wegen und in der freien Landschaft braucht es klare Regeln. Das Landeshundegesetz NRW regelt das im Bereich der Gefahrenvorsorge und -abwehr.	… tragen Verantwortung für das Wohlergehen, die Erziehung und das sichere Führen ihres Tieres. Schon vor dem Kauf können sie sich freiwillig informieren und fachkundig beraten lassen. Viele nutzen zudem die Angebote von Welpenschulen sowie Tierschutz- und Hundesportvereinen, um sich weiterzubilden und Unterstützung im Alltag mit ihrem Hund zu erhalten.	... existiert in Nordrhein-Westfalen bereits: für gefährliche Hunde, bestimmte Rassen und für Hunde, die mindestens 40 cm Widerristhöhe oder 20 kg Körpergewicht haben. Diese sind für die meisten Beißvorfälle verantwortlich, deshalb gelten für diese Hunde jetzt schon besondere Anforderungen.	… leisten in ganz Nordrhein-Westfalen einen wichtigen Beitrag zum Tierschutz. Zahlreiche ehrenamtlich Engagierte setzen sich mit großem Einsatz dafür ein, den dort aufgenommenen Tieren eine gute Versorgung und ein möglichst artgerechtes Umfeld zu bieten. Das Land NRW unterstützt die Kommunen und Kreise insbesondere bei Neu- und Umbauten.
René Schneider (SPD)	… sind für viele Menschen wichtige Wegbegleiter. Wer die Vierbeiner liebt, lernt ihre Bedürfnisse kennen. Hier setzt ein Sachkundenachweis für alle (oder: Hundeführerschein) an und klärt gleichzeitig auf, welche Rasse am besten passt und welche Verantwortung auf Neu-Hundehalter zukommt.	… lieben ihre Tiere und lernen deshalb nie aus. Hätten Sie gewusst, dass Schwanzwedeln bei Hunden nicht für Freude steht? Wer solche Dinge beim Hundeführerschein beigebracht bekommt, geht souveräner auf die nächste Gassi-Runde.	… verhindert zudem unbedachte Käufe – samt prompter Abgabe ins Tierheim. Er schützt vor finanziellen Überraschungen, lässt seriöse Züchter erkennen und verhindert auf diese Weise viel Tierleid. Ohne mehr Bürokratie: Denn mit einem Häkchen mehr bei der Anmeldung auf dem Amt ist es getan.	… sind rappelvoll, ihre Kassen dagegen leer. Alle Politiker wissen das, wenige tun was dagegen. Mit dem Hundeführerschein wollen wir erneut Verbesserungen schaffen. Die Aktiven in den Tierheimen haben enormes Wissen. Deshalb sollen sie für die Sachkunde schulen dürfen. Die Kursgebühr bleibt komplett dort – der Tierschutz gewinnt also doppelt.
Norwich Rüße (Grüne)	… sind für viele Menschen treue Begleiter. Für die meisten sind sie längst nicht mehr nur Haustiere mit vielfältigen Fähigkeiten, sondern echte Familienmitglieder. Die emotionale Bindung ist häufig sehr eng. Gleichzeitig tragen wir Menschen eine große Verantwortung für das Wohl unserer Tiere. Jeder einzelne Hund in NRW hat eine tiergerechte und tierschutzkonforme Haltung verdient.	… haben sich bewusst für das Zusammenleben mit einem Tier entschieden. Die allermeisten Hundehalterinnen und -halter übernehmen Verantwortung und sind engagiert bei der Erziehung ihrer Tiere. Die Anforderungen an eine gute Hundehaltung sind jedoch vielfältig. Es braucht daher umfassende Informationen zur Anschaffung, zur artgerechten Haltung, zur tierschutzkonformen Ausbildung oder zur Körpersprache der Tiere.	… kann vor der Anschaffung eines Hundes wichtiges Wissen vermitteln: Welcher Hund passt zu meinem Alltag? Woran erkenne ich verantwortungsvolle Zucht? Wo kann ich seriös einen Hund kaufen? Welche Bedürfnisse hat das Tier und welche Kosten entstehen? Eine fundierte Sachkunde kann helfen, Fehlentscheidungen zu vermeiden. Entscheidend ist, einen solchen Nachweis rechtssicher und praxistauglich auszugestalten.	… helfen Tieren in Not und leisten so einen wichtigen Beitrag zum Tierschutz. Viele Einrichtungen arbeiten aktuell jedoch am Limit. Daher wollen wir die wichtige Arbeit der Tierheime zukünftig noch stärker unterstützen. Hierfür wird die Landesförderung derzeit überarbeitet und ein Tierheimtag NRW zur Vernetzung der relevanten Akteure etabliert.
Dietmar Brockes (FDP)	… sollten nicht nach ihrer Rasse oder Größe beurteilt werden, sondern die Verantwortung der Halter stärker in den Mittelpunkt rücken. Die Anhörung hat gezeigt, dass viele Probleme bereits bei der Anschaffung und Haltung entstehen und durch bessere Information, Aufklärung und Eigenverantwortung vermieden werden können.	… tragen eine große Verantwortung für das Wohl ihrer Tiere und die Sicherheit im öffentlichen Raum. Deshalb ist es sinnvoll, Wissen über Hundeverhalten, Haltung, Erziehung und die langfristigen Kosten einer Hundehaltung frühzeitig und niedrigschwellig zu vermitteln, bevor Probleme überhaupt entstehen.	… kann aus unserer Sicht ein sinnvoller Beitrag zu mehr Tierwohl, Eigenverantwortung und Gefahrenprävention sein. Entscheidend ist jedoch, dass er praxisnah, kostengünstig, bürokratiearm und rechtssicher ausgestaltet wird. Statt neue Strukturen aufzubauen, sollten die vorhandenen Angebote von Tierärzten, Hundeschulen, Vereinen, der Jägerschaft, Tierheimen und anerkannten Sachverständigen genutzt werden.	… leisten bereits heute einen unverzichtbaren Beitrag zum Tierschutz und arbeiten vielerorts an ihrer Belastungsgrenze. Deshalb darf ein Sachkundenachweis nicht zu einer indirekten Tierheimfinanzierung oder neuen Bürokratielasten führen. Wir brauchen ein niedrigschwelliges, bezahlbares und wettbewerbliches Angebot mit mehreren anerkannten Anbietern statt einseitiger Strukturen und zusätzlicher Hürden für Hundehalter.
 **Zacharias Schalley** (AfD)	… brauchen sachkundige Halter. NRW differenziert bereits: Für gefährliche Hunde, Hunde bestimmter Rassen und große Hunde gelten besondere Vorgaben; Sachkundenachweise sind Teil dieses Systems. Eine allgemeine Pflicht wäre daher ein Systemwechsel. Wer sie fordert, muss konkret darlegen, welches Defizit damit behoben wird und welchen Mehrwert sie gegenüber dem geltenden Recht bringt.	… tragen zwar Verantwortung, Sachkunde entsteht aber nicht erst durch staatliche Prüfung. Hundesport- und Gebrauchshundevereine, Rettungs- und Jagdgebrauchshundewesen, Hundeschulen sowie Fachverbände vermitteln seit Jahrzehnten Wissen zu Haltung, Verhalten und Ausbildung. Diese Fachkompetenz sollte genutzt werden, bevor neue staatliche Parallelstrukturen entstehen.	… kann Wissen prüfen. Offen ist jedoch, welchen zusätzlichen Effekt eine Pflicht für alle gegenüber den bestehenden NRW-Regeln hätte. Eine veröffentlichte wissenschaftliche Evaluation dieses Systems ist uns bislang noch nicht bekannt. Vor einer Ausweitung braucht es daher eine belastbare Bedarfs- und Wirkungsanalyse zu Nutzen, Vollzugsaufwand und milderen Alternativen.	… brauchen zwar eine verlässliche Finanzierung, diese ist aber unabhängig von der Frage eines Sachkundenachweises sicherzustellen. Dafür Hundehalter über Pflichtgebühren zur Kasse zu bitten, halten wir für einen falschen Weg. Es ist ungerecht. Der SPD-Antrag hingegen nennt Kursgebühren ausdrücklich als mögliche Einnahmequelle. Dies lehnen wir kategorisch ab.

Abschied von Ingeborg Friebe – Landtag gedenkt früherer Präsidentin

Gedenkminute für die verstorbene frühere Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe

18. September 2026 – Der Landtag hat in einer bewegenden Feierstunde seiner ehemaligen Präsidentin Ingeborg Friebe gedacht. Die SPD-Politikerin war am 11. August 2026 im Alter von 95 Jahren gestorben. Friebe war von 1990 bis 1995 die erste Frau an der Spitze des nordrhein-westfälischen Parlaments.

Im Plenarsaal hatten sich Angehörige sowie Weggefährten der Politikerin versammelt. Gemeinsam mit den Abgeordneten und aktuellen wie ehemaligen Kabinettsmitgliedern nahmen sie an der Gedenkfeier teil. Zu Ehren der Verstorbenen erhoben sich die Teilnehmenden zu einer Gedenkminute. Die Flaggen vor dem Landtagsgebäude waren auf halbmast gesetzt.

Präsident André Kuper würdigte in seiner Rede das Vermächtnis seiner Amtsvorgängerin. Friebe habe nach dem Fall der Berliner Mauer im engen Austausch mit dem Brandenburger Landtag gestanden und „unablässig die Zusammenarbeit aller Fraktionen“ gefordert, um die Deutsche Einheit in einem zusammenwachsenden Europa zu gestalten.

Der Präsident erinnerte daran, dass Friebe das Landtagsgebäude für Besuchergruppen geöffnet habe. Und er betonte: „Sie setzte sich als erste Frau im höchsten Amt gegen so manch erbitterten männlich dominierten Widerstand durch.“

Der Präsident des Landtags, André Kuper, würdigte die Verdienste seiner Amtsvorgängerin.

SPD-Fraktionsvorsitzender Jochen Ott erinnerte an den Kampf Friebes für die Rechte der Frauen. Fotos: Hartmann

Friebe habe als Kind miterleben müsse, wie der Vater während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft von der Gestapo verschleppt und ermordet worden sei. Aus diesen traumatischen Erfahrungen sei die Entschlossenheit gewachsen, Ungerechtigkeit niemals hinzunehmen. Als langjährige Bürgermeisterin von Monheim habe sie wegen ihres beharrlichen Kampfes für die Selbstständigkeit der Stadt auch den Beinamen „Mutter Courage“ erhalten. Kuper betonte: „Ingeborg Friebe war eine besondere Frau. Wenn wir ihrer heute gedenken, dann als unablässiger Weltverbinderin, Türöffnerin und großer Humanistin in aller selbstgewählten Bescheidenheit.“

„Große Demokratin“

Der Fraktionsvorsitzende der SPD, Jochen Ott, würdigte Ingeborg Friebe als „große Demokratin“, die Parlamentsgeschichte geschrieben habe. Mit ihr sei 1990 erstmals eine Frau zur Präsidentin des Landtags gewählt worden. Damals habe sie im Plenum gesagt: „Ich bin mir durchaus bewusst, dass diese Tatsache im besonderen Maße durch kritische Aufmerksamkeit begleitet wird.“ Und: „Als Präsidentin kommt mir die Aufgabe zu, stellvertretend für alle anderen Frauen in diesem Parlament und für alle tüchtigen Frauen im Land beweisen zu müssen – oder sollte ich sagen, beweisen zu dürfen? –, dass wir allen Aufgaben, denen wir uns stellen, auch gewachsen sind, nicht anders als Sie, meine Herren Kollegen.“

Kraft geschöpft habe Ingeborg Friebe aus ihrer Herkunft aus der Arbeiterbewegung, ihrer Gewerkschaftserfahrung und ihrer Erziehung in der sozialistischen Jugend, sagte Ott. „Ingeborg Friebe hat sich um unser Land verdient gemacht – um Monheim, um Nordrhein-Westfalen, aber auch um die Arbeiterschaft und die Sozialdemokratie in Gänze.“ Ihr größter Verdienst sei der „Kampf für Gleichberechtigung und die Rechte der Frauen“. Damit habe sie „unser Land besser und gerechter gemacht“. *red*

Das Video der Gedenkfeier finden Sie unter
https://lt.nrw/Gedenkfeier

Zur Person

Ingeborg Friebe wurde am 20. April 1931 in Braunschweig geboren. Nach Schule und Ausbildung arbeitete sie als Telefonistin, Sachbearbeiterin und Schulsekretärin. 1950 trat sie in die SPD ein. 1975 wurde sie in den Landtag von Nordrhein-Westfalen gewählt und bekleidete von 1990 bis 1995 als erste Frau das Amt der Präsidentin. Von 1985 bis 1990 hatte sie bereits als Vizepräsidentin dem Landtagspräsidium angehört. Von 1976 bis 1997 war sie Bürgermeisterin von Monheim und erlangte in diesem Amt auch überregional Bekanntheit, als sie die Eingemeindung der Stadt nach Düsseldorf verhinderte.

Einsatz für **Frieden** und **Demokratie**

August 2026 – Mit seinem Besuch des ehemaligen NS-Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau erinnert der Präsident des Landtags, André Kuper, an den Holocaust und die Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes. Im Gespräch mit Jugendlichen aus Nordrhein-Westfalen geht es um das Engagement für Frieden und Demokratie in Europa.

Es sind Begegnungen, die Mut machen – an einem Ort, der ohne Hoffnung ist: Stacheldraht, Wachtürme, Holzbaracken. Hier warteten mehr als eine Million Menschen auf den Tod oder wurden als Arbeitssklaven zu Tode geschunden. Der Kontrast könnte größer nicht sein: Über dem Lagerkomplex scheint die Sonne, als André Kuper, Präsident des Landtags, rund 200 junge Menschen begrüßt. Sie nehmen an der Gedenkstättenfahrt teil, zu der die DGB-Jugend NRW eingeladen hatte. Im ehemaligen Lager Birkenau spricht der Präsident des Landtags als Schirmherr der Gedenkstättenfahrt und legt ebenso wie Anke Unger, stellvertretende Vorsitzende des DGB NRW, einen Kranz am zentralen Mahnmal nieder.

„Auschwitz-Birkenau ist ein Ort, der kaum zu ertragen ist. Aber die Begegnungen junger Menschen hier machen Hoffnung, sie machen Auschwitz zu einem Ort der Versöhnung. Die Verbrechen der Nazis begannen nicht mit den Vernichtungslagern. Sie waren das Ende einer Entwicklung, die mit Ausgrenzung, Rassismus und der Abschaffung demokratischer Institutionen begonnen hatte“, sagt André Kuper.

Austausch mit Jugendlichen

In den drei Tagen seines Besuchs in Polen kommt André Kuper mit Gruppen der DGB-Jugend, der Konrad-Adenauer-Stiftung und des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge ins Gespräch. In der Internationalen Jugendbegegnungsstätte Auschwitz geht es um die Gegenwart: Auf Einladung des Volksbunds sprechen Jugendliche aus Deutschland und Polen mit dem Präsidenten des Landtags über unsere heutige Verantwortung für Europa. André Kuper sagt: „Es war das Ziel der Nazis, hier in Auschwitz auch die polnische Nation auszulöschen. Diese Erinnerung ist wichtig in einer Zeit, in der wieder Grenzen mit Gewalt verschoben werden. Wir tragen gemeinsam Verantwortung für Sicherheit und Frieden in Europa.“ *Dr. Stephan Malessa*

André Kuper, Präsident des Landtags, spricht im Lager Birkenau mit Jugendlichen der Gedenkstättenfahrt der DGB-Jugend NRW. Fotos: Zanin

Auf den Spuren von Dokumenten des Nationalsozialismus

Ein weiterer Schwerpunkt der Reise ist die Bildungs- und Forschungsarbeit im Archiv und in der Konservierungsabteilung des Staatlichen Museums Auschwitz-Birkenau. Im Landtag wurden kürzlich NS-Dokumente an Gedenkstätten, Erinnerungsorte und Archive übergeben. Die Artefakte, darunter Lagerpostkarten, Täterbriefe und Lagergeld, stammen aus einer nach Protesten abgesetzten Auktion in Nordrhein-Westfalen. Zahlreiche Dokumente werden auch in das Archiv des Staatlichen Museums Auschwitz-Birkenau übernommen. Der stellvertretende Direktor der Gedenkstätte, Andrzej Kacorzyk, dankt für das bürgerschaftliche Engagement und betont den Stellenwert der Erforschung des Nationalsozialismus auch für die Gegenwart.

Präsident André Kuper sagt: „Durch die Arbeit der Gedenkstätten wissen wir bereits viel über den Terror und den Genozid, den die Nazis in ganz Europa verübten. Es gibt aber noch viele weiße Flecken in der Forschung. Deswegen ist die Arbeit der Archivare mit den Originaldokumenten von unschätzbarem Wert. Sie macht sichtbar, welches Leid die Opfer erlitten und von welchem Hass die Täter getrieben waren. Sie ermöglichen uns einen Blick in die Geschichte, der unser Eintreten für Frieden und Freiheit in der Gegenwart stärkt.“

André Kuper, Präsident des Landtags (l.), und Dr. Matthias Schreiber, Mitglied der Delegation des Landtags (M.), im Gespräch mit dem Leiter der Konservierungsabteilung des Museums der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau.

AUS DEN FRAKTIONEN

Verteidigung braucht Rückhalt: CDU-Fraktion besucht Bundeswehr

Foto: Bundeswehr/David Geier

Wenn auf dem Standortübungsplatz in Augustdorf gepanzerte Militärfahrzeuge in Bewegung kommen und Soldatinnen und Soldaten ihre Fähigkeiten unter realistischen Bedingungen zeigen, wird unmittelbar greifbar, was Verteidigungsbereitschaft bedeutet. Die CDU-Landtagsfraktion hat die Generalfeldmarschall-Rommel-Kaserne besucht und dabei Gefechtsvorführungen der Panzerbrigade 21 „Lipperland“ erlebt sowie mit den Menschen gesprochen, die hier täglich ihren Dienst leisten. Im Mittelpunkt standen ihre Aufgaben, ihre Erfahrungen und die Frage, was Politik tun kann, damit die Truppe ihren Auftrag bestmöglich erfüllen kann.

Die Panzerbrigade 21 gehört als erste Brigade des Heeres zur neuen Kräftekategorie „Mittlere Kräfte“. Mit ihrem radbasierten Fuhrpark ist sie darauf ausgerichtet, militärische Kräfte schnell entlang der NATO-Flanke zu verlegen. „Hier wird deutlich, dass Verteidigungsfähigkeit konkrete Voraussetzungen braucht: gut ausgebildete Soldatinnen und Soldaten, moderne Ausrüstung und eine leistungsfähige Infrastruktur“, sagt Thorsten Schick, Vorsitzender der CDU-Fraktion. „Allein in Augustdorf leisten mehr als 3000 Menschen ihren Dienst für die Sicherheit unseres Landes. Ihnen müssen wir den Rücken freihalten.“

Mit rund 190 Liegenschaften und mehr als 3900 Gebäuden ist NRW der größte Bundeswehrstandort Deutschlands und ein zentraler Transitknotenpunkt für alliierte Truppen. Schick: „Nordrhein-Westfalen trägt eine besondere Verantwortung. Wir müssen dafür sorgen, dass Bau- und Modernisierungsmaßnahmen nicht unnötig lange dauern. Die Neuaufstellung des Bundesbaus schafft dafür bessere Voraussetzungen.“

CDU NRW-Fraktion

Modernisierungskonferenz: Für ein NRW, das wieder funktioniert

NRW muss wieder funktionieren. Dieses Ziel haben wir uns als SPD-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen auf die Fahne geschrieben. Zurzeit spüren aber insbesondere berufstätige Familien, dass NRW für sie im Alltag nicht mehr funktioniert. Ob geschlossene Kitas, ausfallender Unterricht aufgrund von zu großem Lehrkräftemangel, die Wohnungsnot, der Pflegekollaps, Dauerstau oder wegbrechende Jobs. Das alles belastet Menschen, die für andere Verantwortung übernehmen, in NRW jeden Tag. Das wollen und das müssen wir wieder ändern.

Aus diesem Grund haben wir im März unseren Dialogprozess #FamilyFirst gestartet. Seit Ende März sind wir damit in ganz NRW „Auf Achse“ und diskutieren mit den Bürgerinnen und Bürgern, was sich für sie in NRW wieder verbessern muss. Gleichzeitig haben wir eine digitale Umfrage gemacht, an der sich über 1200 Bürgerinnen und Bürger beteiligt haben.

Die Ergebnisse dieses Prozesses werden wir nun einfließen lassen in eine „Modernisierungskonferenz für ein NRW, das wieder funktioniert“, zu der wir alle Interessierten ganz herzlich einladen. Sie findet am Freitag, 20. November 2026, ab 16:00 Uhr im Düsseldorfer Landtag statt. Anmeldung: www.family-first.nrw/konferenz

SPD NRW Die Fraktion

Grüner Mobilitätskongress: Neue Wege für die Zukunft

Wie kommen wir in Zukunft von A nach B? Welche neuen Ideen für Bus, Bahn, Fahrrad und Auto werden schon heute getestet? Genau darum ging es beim Mobilitätskongress unserer Grünen Landtagsfraktion im September. Zahlreiche Teilnehmende haben mit unseren Abgeordneten und weiteren Expert*innen aus Forschung und Praxis beraten, wie Mobilität in Nordrhein-Westfalen zukunftsfähig gestaltet werden kann.

In Workshops und Gesprächen haben wir gemeinsam gezeigt: Ob beim Ausbau von Bus und Bahn, beim Radverkehr oder bei der Ladeinfrastruktur – gute Ideen gibt es viele. Und was vor ein paar Jahren noch wie eine Utopie klang, ist teils schon Stand der Forschung und wird in der Praxis getestet. Zum Beispiel autonome Kleinwagen, die von Menschen in ländlicheren Regionen per App gebucht werden können, um von einem Ort in den nächsten zu kommen. Denn auch außerhalb der Großstädte sind gute Lösungen für die Mobilitätswende dringend nötig.

Die Grünen Landtagsabgeordneten haben den Mobilitätskongress organisiert. Foto: Andreas Endermann

Ein wichtiges Fazit: Alle müssen Verkehrsmittel stärker zusammendenken. Bei unserem Grünen Mobilitätskongress wurde deutlich, wie viel wir erreichen, wenn Erfahrungen geteilt werden, voneinander gelernt und gemeinsam nach Lösungen gesucht wird.

GRÜNE IM LANDTAG NRW

Comeback für NRW: Tour-Auftakt in Düsseldorf

Wie schafft Nordrhein-Westfalen ein Comeback? Mit dieser Frage startete am 8. Oktober in Düsseldorf die Comeback-Tour der FDP-Landtagsfraktion NRW. Im offenen Dialog diskutierten Henning Höne, Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion NRW, und Marcel Hafke, Parlamentarischer Geschäftsführer, mit Bürgerinnen und Bürgern über Herausforderungen und Lösungen für unser Land.

Im Mittelpunkt stand die Comeback-Formel, die Nordrhein-Westfalen wieder nach vorne bringen soll: kluge Kinder plus smarte Integration plus eine große Umarmung der Zukunft minus den fetten Staat – ergibt eine starke Wirtschaft für alle. Konkret heißt das: Sprachförderung direkt in den Kitas, schnellere Verfahren für qualifizierte Zuwanderung sowie bezahlbare und verlässliche Energie für Mittelstand und Handwerk. Vor allem müsse der fette Staat abgespeckt werden, so der Konsens des Abends. Dafür setzt sich die FDP-Landtagsfraktion mit parlamentarischen Initiativen im Landtag ein.

Viel Raum gehörte den Fragen und Erfahrungen der Bürgerinnen und Bürger: von langwierigen Betriebsprüfungen über Entlastungen, die versickern, bis zu Berichten aus dem Lehreralltag. Auch Nachfragen und Wünsche zur Arbeit der Fraktion waren Teil des offenen Austauschs. Deutlich wurde der Anspruch vieler Teilnehmer: Der Staat soll den Menschen das Leben erleichtern und ihnen mehr zutrauen. Die Anregungen des Abends nimmt die Fraktion mit in die parlamentarische Arbeit.

Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen FDP

NRW braucht Taten statt Worte

Dr. Martin Vincentz (AfD)

Schleppende Abschiebungen, ausreisepflichtige Straftäter, Terroranschläge, Coesfelder Liste, Clankriminalität, Mocro-Mafia, Sprengstoffanschläge, Korruptionsverdacht in Ausländerbehörden, Schleuserskandal, gefälschte Sprachzertifikate, Armutsmigration, Crack-Welle, miserable PISA-Ergebnisse, Unterrichtsausfall, Lehrkräftemangel, marode öffentliche Gebäude, überforderte Brennpunktschulen, Gewalt gegen Lehrer, Scharia-Polizei, Kita-Kollaps durch Personalmangel und Finanzierungschaos, explodierende antisemitische Übergriffe, islamistische Radikalisierung, kommunale Rekorddefizite, explodierende Grundsteuern, Investitionsstau bei Schwimmbädern und Sporthallen, gesperrte Brücken, gefährdete Rettungsdienste, rückständige Verwaltung, überlastete Bürgerämter, Schrottimmobilien, Sozialleistungsmissbrauch, Verwahrlosung, Rattenplagen, Vermüllung ganzer Stadtteile, Angriffe auf die Oppositionsrechte in der Landesverfassung, zehntausende verlorene Industriearbeitsplätze, wirtschaftliche Stagnation, insolvente Unternehmen, konkurrenzunfähige Energiepreise, Ärztemangel.

Es läuft nicht gut in NRW. Man muss es schon lange nicht mehr glauben, man kann es längst jeden Tag spüren. Unser Land braucht Besserung. Nicht nur in Ankündigungen, sondern in Taten.

AfD Fraktion NRW

Kampf gegen Antisemitismus

10. September 2026 – Die Zahl der antisemitischen Straftaten und Vorfälle ist im vergangenen Jahr in Nordrhein-Westfalen erneut angestiegen. Dies berichtete die Beauftragte des Landes für die Bekämpfung des Antisemitismus, für jüdisches Leben und Erinnerungskultur, Sylvia Löhrmann, im Hauptausschuss. Sie zeigte sich besorgt, verwies aber auch auf positive Entwicklungen.

Die Beauftragte des Landes für die Bekämpfung des Antisemitismus, für jüdisches Leben und Erinnerungskultur, Sylvia Löhrmann Foto: Land NRW/Ralph Sondermann

Löhrmann stellte den Mitgliedern des Ausschusses den mittlerweile siebten Antisemitismusbericht vor (Vorlage 18/5343 Neudruck). Demnach stieg die Zahl der antisemitischen Straftaten 2025 mit insgesamt 786 erneut auf einen Höchststand. 2024 waren 695 Fälle verzeichnet worden. Dies entspricht einem Anstieg von 13 Prozent. Damit gab es im Schnitt pro Tag zwei antisemitische Straftaten im bevölkerungsreichsten Bundesland. Auch die Zahl der antisemitischen Vorfälle unter der Strafbarkeitsgrenze wuchs – auf 1.102 (plus 17 Prozent gegenüber 2024).

„Engagement der Zivilgesellschaft“

Nach wie vor seien mit 333 die meisten antisemitischen Straftaten dem Phänomenbereich „rechts“ zugeordnet worden, was einem Anteil von 42 Prozent entspricht. Gleichzeitig sei ein deutlicher Anstieg in den Phänomenbereichen „ausländische Ideologie“ und „religiöse Ideologie“ registriert worden. Löhrmann bekräftigte: „Wir bekämpfen jede Art des Antisemitismus.“ Dabei gebe es nicht die eine Antwort auf alle Formen.

Löhrmann hob zugleich positive Entwicklungen hervor. So gebe es ein „großes und ansteigendes Engagement“ gegen Antisemitismus in der Zivilgesellschaft. Dies gelte auch für den Kulturbereich. Besonders freue sie die Breite des Engagements und die Einbeziehung der jüdischen Perspektive. Projekte entwickelten Kontinuität, Netzwerke würden gebildet und genutzt, was die Reichweite vergrößere. Dabei spielten auch die Kirchen eine große Rolle: „Wir können uns darauf verlassen, dass die Kirchen Zeichen setzen“, so die Beauftragte.

Sie dankte dem Landtag und seinem Präsidenten André Kuper für die Unterstützung ihrer Arbeit. Es sei ein wichtiges Zeichen, dass Präsident Kuper den Kampf gegen Antisemitismus prominent besetze und begleite. Löhrmann erinnerte an eine Reise Kupers mit einer Delegation nach Israel und in die Palästinensischen Gebiete im vergangenen Jahr, an der auch sie teilgenommen hatte.

Dem Bericht schloss sich eine engagierte Debatte an. Die Ausschussmitglieder dankten Löhrmann für ihre Arbeit, äußerten ihre Sorge über die weiter steigenden Zahlen und stellten zahlreiche Nachfragen, unter anderem zur Bekämpfung von Antisemitismus an den Hochschulen des Landes.

Themen waren auch Hass und Hetze auf Social-Media-Kanälen und der Wunsch der jüdischen Community nach mehr sichtbarer Solidarität. Löhrmann berichtete von Drohmails an Jüdinnen und Juden im Land, die das eigene Wohnumfeld beträfen. „In den Mails steht beispielsweise: ‚Wir wissen, wo du wohnst‘ oder ‚Wir wissen, wo dein Kind zur Schule geht‘.“ Viele Jüdinnen und Juden änderten ihre Wohnungsschilder oder trügen keine Kippa mehr in der Öffentlichkeit. „Sie verbergen ihre Identität, damit nichts passiert.“ *wib*

Foto: Hartmann

„Wir sind die Autoren der Demokratie“

22. September 2026 – Nordrhein-Westfalen schaut in diesem Jahr auf 80 Jahre Demokratie zurück. Doch die Demokratie ist unter Druck geraten. Wie steht es um unsere Staatsform acht Jahrzehnte nach der ersten Sitzung des Landtags? Diese Frage stand im Mittelpunkt des Parlamentsgesprächs, zu dem Präsident André Kuper wieder hochkarätige Gäste begrüßen konnte.

Präsident André Kuper mit Bundespräsident a. D. Joachim Gauck und Kerstin Münstermann von der „Rheinischen Post“

Der Präsident führte in das Thema ein.

Fotos: Schälte

Die Diskussion wurden von Vivien Leue (l.) moderiert.

Altbundespräsident Joachim Gauck und Kerstin Münstermann, Mitglied der Chefredaktion der „Rheinischen Post“, diskutierten unter Moderation von Vivien Leue. Dabei ging es auch um die jüngsten Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern, bei denen die politischen Ränder gestärkt wurden.

Präsident Kuper führte in das Thema ein und verwies auf die derzeitigen Herausforderungen für die Demokratie. Deutschland erlebe gezielte Desinformation, Hass und Hetze, hybride Bedrohungen und Sabotageakte. Russland greife weiter die Ukraine an, die Iran-Krise treibe die Energiepreise in die Höhe. Der Präsident betonte: „Die Zeit ist aus den Fugen.“ Deshalb stellten sich fundamentale Fragen wie die nach der Resilienz des Grundgesetzes gegen das „süße Gift des Populismus“.

„Retropolitik“

Altbundespräsident Gauck warnte vor Alarmismus. Die Demokratie sei „irgendwie erschüttert“, aber für eine Krise müsse mehr passieren. Deutschland habe nicht nur gute Institutionen und eine gute Verfassung. Es gebe auch mehr Bürgerinnen und Bürger, die die Demokratie verteidigten, als in der Weimarer Republik. Zugleich betonte er, er habe ein solches Maß an Unsicherheit noch nicht erlebt.

Gauck beschrieb ein „Unbehagen an einer Moderne, die den Menschen mit dem Wandel überfordert“. Dies führe zu einem Rückzug in angeblich „sichere Räume von Retropolitik“. Wenn die Parteien diese Angst nicht aufnähmen, werde diese von Rechts- oder Linksaußen „bewirtschaftet“. Deutschland sei hier Teil einer internationalen Entwicklung.

Wenn Politik dann abwarte und nicht gestalte, führe dies zu einem Vertrauensverlust bei den Menschen. „Das ist für eine Demokratie wirklich das Schlimmste, wenn eine Mehrheit immer weniger Vertrauen hat in die Gestaltungskraft derer, die gerade regieren.“

Auch Kerstin Münstermann verwies auf eine Stimmung, in der von rechts und links alles, was „eine liberale Demokratie im Kern ausmacht“ infrage gestellt werde. Und dies verfange, weil, auch in Sozialen Medien, Unwillen abgeholt und verstärkt werde. Dann gebe es eine Sprachlosigkeit bei Politikerinnen und Politikern, „die, aus Angst vor dem, was sich in den Echokammern abspielt, ein bisschen verlernt haben, klar und deutlich zu reden“. Und klar zu sagen, was gehe und was nicht gehe – ohne Angst.

Der Altbundespräsident rief die Politik auf, Probleme und Ängste von Menschen wahrzunehmen und ernst zu nehmen. Zugleich appellierte er, mutige Politik zu machen. Die Politik müsse zu Reformen stehen, nachvollziehbar argumentieren und nicht nur nach Umfragen schauen. „Mut ist möglich.“ Ohne Mut gebe es keine Zukunft.

Gauck sah auch die Gesellschaft in der Verpflichtung. „Wir sind nicht die Zuschauer, die die da oben zu beurteilen haben. Und die da oben sind nicht fremd eingeflogen und mit Panzern eingerückt. Sondern wir haben sie mit unserer Stimme dahin gebracht. Das heißt, wir sind die Autoren der Demokratie.“ Dies bedeute, dass man aktiv werden müsse. Das gehe als Mitglied einer Partei, indem man Institutionen stärke und achte. Oder sich in Vereinen und Bürgerinitiativen engagiere. „Und diese Aktivität brauchen wir.“ *wib*

Wer sich für einen Platz im Publikum beim Parlamentsgespräch anmelden möchte, kann dazu ein Formular auf der Internetseite des Landtags nutzen. https://lt.nrw/anmeldung

Ein Video und ein Mitschnitt zum Parlamentsgespräch sind abrufbar unter https://lt.nrw/Videos.

Ein Spiel aus Licht und Sprache

5.–12. Oktober 2026 – Der Landtag Nordrhein-Westfalen hat sein 80-jähriges Bestehen mit einer Woche der Demokratie gefeiert. Den Auftakt bildete eine Lichtinszenierung, die mit Einbruch der Dunkelheit sieben Tag lang am Vorplatz des Parlamentsgebäudes zu sehen war.

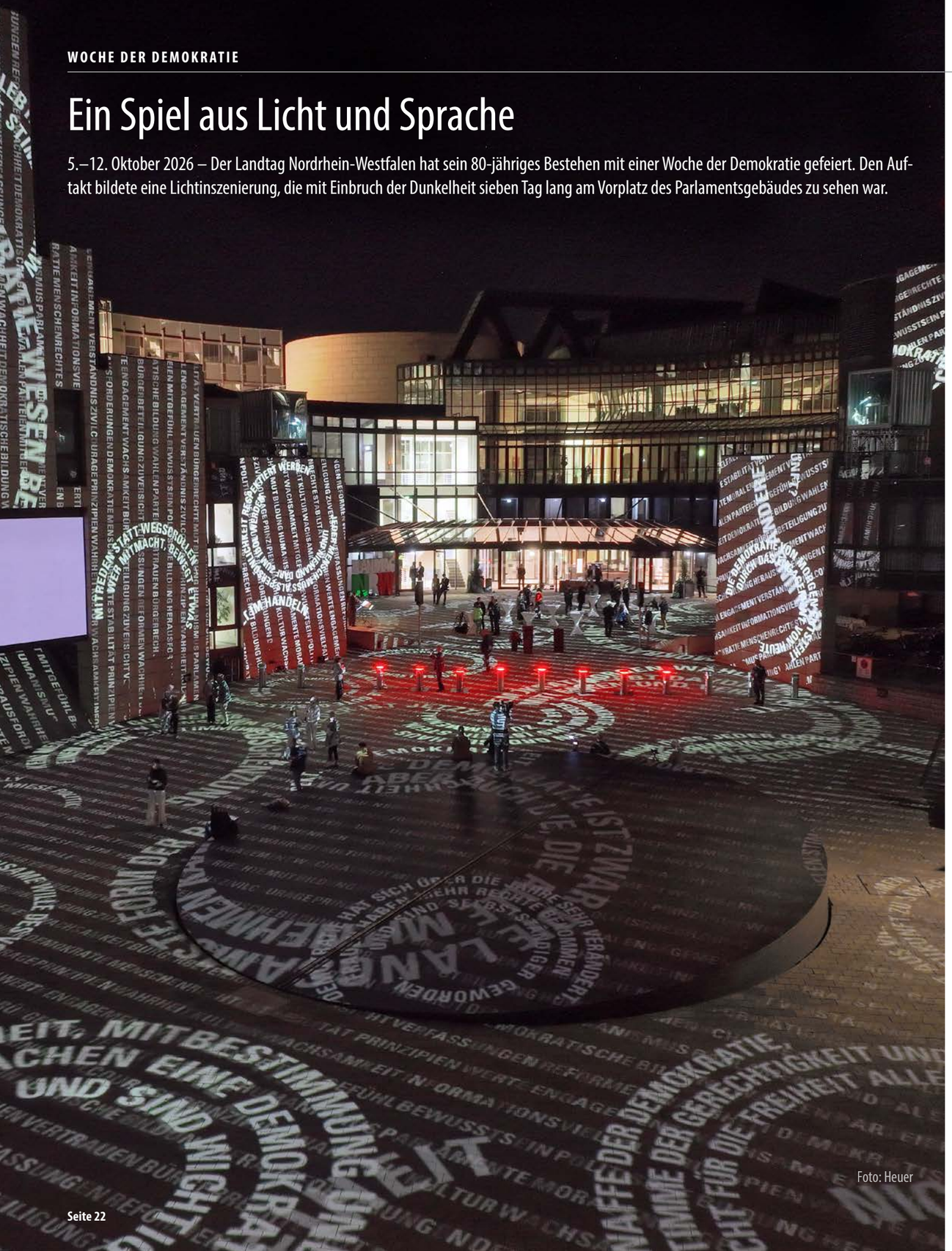


Foto: Heuer

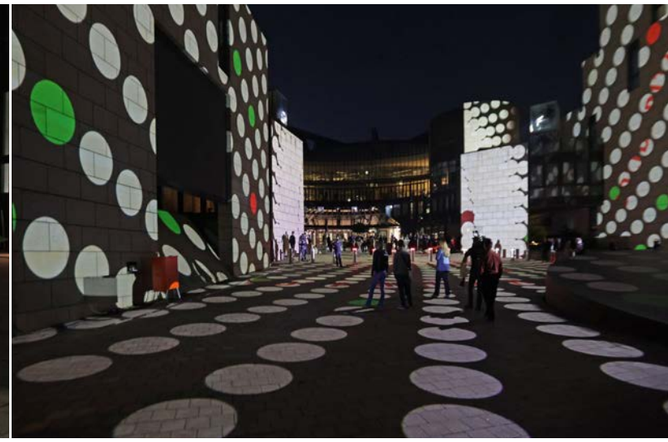
Was ist Demokratie? Dazu gibt es viele Definitionen, Aphorismen und Redewendungen. Für die Illumination des Künstlerduos „Hartung & Trenz“ haben bekannte Persönlichkeiten sowie Schulklassen aus Nordrhein-Westfalen ihre eigenen Definitionen beigesteuert.

Zu sehen – und zu lesen – waren die Zitate erstmals bei der Eröffnung der Illumination am 5. Oktober, mit der die Festwoche zum Landtagsjubiläum begann. „Wir erinnern in dieser Woche der Demokratie an die konstituierende Sitzung nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, die am 2. Oktober 1946 stattfand“, sagte Landtagspräsident André Kuper bei der Eröffnung der Illumination.

und überlagerten, als stünden sie selbst im Dialog miteinander. Kinder liefen über den Vorplatz, jagten Punkten nach, die auf den Steinboden projiziert waren. Auf den Rücken der Gäste waren Buchstaben und Zitatfragmente zu lesen – so wurden auch sie Teil der Illumination.

Das sei genauso geplant gewesen, sagte Lichtkünstler Detlef Hartung bei der Eröffnung. „Das Fundament der Demokratie – das ist ein Versprechen für Sicherheit, Stabilität und eine Basis.“ Demokratie sei kein starrer Zustand, sondern ein „proaktiver Prozess“. In diesem Sinne seien Menschen, die mitmachten, ein „wichtiger Bestandteil dieser Installation“.

Landtagspräsident André Kuper (l.) und Lichtkünstler Detlef Hartung bei der Eröffnung



Begehbare Illumination auf dem Vorplatz des Landtags Fotos: Schälte

Jede Generation sei vor Herausforderungen gestellt und habe ihre ganz eigenen Sorgen. Aktuell treibe viele Menschen die Sorge um, „dass dieses Haus der Demokratie nicht mehr sicher steht“. Es gebe Baustellen, „die wir im Auge behalten und angehen müssen“. Der Appell von Präsident Kuper: „Krempeln wir bitte gemeinsam die Ärmel hoch. Aber reißen wir bitte nicht einfach nieder. Sprengen wir nicht unsere rechtsstaatlichen Werte, sondern stehen wir auf dem Fundament – diesem Fundament, das uns die Gründer des Landes vor 80 Jahren gelegt haben.“

Gäste als Bestandteil der Illumination

„Fundament der Demokratie“, so lautete der Titel der Installation – ein Kunstwerk aus Licht und Sprache, das während der Woche der Demokratie jeden Abend auf dem Vorplatz des Landtags zu sehen war. Die Installation bestand aus fünf Sequenzen, die einer klaren Dramaturgie folgten: Thema waren zunächst die vier Standorte des Landtags, beginnend mit dem Opernhaus im Jahr 1946 bis hin zum Bau des Landtags am Rhein, der 1988 eröffnet wurde.

Anschließend ging es um grundlegende Werte der Demokratie – wie Solidarität, Respekt und Dialog. Punkte in den Landesfarben Grün, Weiß und Rot bildeten Muster, die an den Seitenwänden für Momente zu sehen waren und sich wieder neu verschoben

Alles griff ineinander: Zahlen, Buchstaben, Punkte, Wörter, Zitate. Namen wie Aristoteles, Paul Auster und Mahatma Gandhi waren zu lesen, aber auch die von aktuellen Politikerinnen und Politikern sowie Prominenten wie Max Raabe, Ralph Caspers und Sasha, die eigene Zitate beigesteuert hatten. Abgebildet waren auch Sätze von Schülerinnen und Schülern, die bei der Landtagswahl am 25. April 2027 erstmals wählen dürfen. Der Slogan „Mitreden statt wegscrollen. Wer mitmacht, bewegt etwas“ stand beispielsweise auf einer Seitenwand geschrieben. Und: „Wer schweigt, lässt andere entscheiden.“

„Lesen – das ist das Fundament unseres Wissens, unserer Geschichte, unserer Kultur“, sagte Detlef Hartung. Mit der Illumination öffne sich der Landtag wie ein Tor zur Stadt und sende seine Botschaft hinaus ins Land – als „weiteres leuchtendes Zeichen“ nach 80 Jahren Parlamentsgeschichte. *tob*

Ein Video zur Illumination finden Sie unter:
https://lt.nrw/Videos

Sinfonische Klänge zum **Jubiläum** – Festkonzert im Plenarsaal

Fotos: Schälte

Landtagspräsident André Kuper erinnerte an den demokratischen Neuanfang.

Der lettische Dirigent Aivis Greters und das WDR Sinfonieorchester

Der stellvertretende Botschafter David Wallace bei seinem Grußwort zum Jubiläum

6. Oktober 2026 – Mit einem Festkonzert des WDR Sinfonieorchesters unter Leitung des lettischen Dirigenten Aivis Greters würdigte der Landtag 80 Jahre parlamentarische Demokratie in Nordrhein-Westfalen: Am 2. Oktober 1946 hatte sich der von der britischen Militärregierung ernannte Landtag im Düsseldorfer Opernhaus konstituiert.

„Es war die Stunde null, geprägt von den tiefen Wunden der Vergangenheit und der Ungewissheit der Zukunft.“ Mit diesen Worten erinnerte der Präsident des Landtags, André Kuper, in seiner Rede zum Festkonzert anlässlich des Jubiläums der nordrhein-westfälischen Demokratie an die konstituierende Sitzung. Den Klang zu diesem demokratischen Neuanfang des Landes brachte das WDR Sinfonieorchester mit der Coriolan-Ouvertüre von Ludwig van Beethoven zurück. Die Mitglieder des ersten, von der britischen Militärregierung ernannten Parlaments hatten dieses Stück vor Beginn ihrer Sitzung im Düsseldorfer Opernhaus gehört.

„Heute, 80 Jahre später, blicken wir dankbar und demütig auf dieses Haus am Düsseldorfer Rheinufer“, so Kuper weiter. „Der Landtag ist das Herz der Demokratie in Nordrhein-Westfalen. Dieses Jubiläum führt uns einmal mehr die Kostbarkeit dieses Fundaments vor Augen.“

Auch das Festkonzert erklang im Plenarsaal. Ihm lauschten jedoch nicht nur Abgeordnete, sondern auch Schülerinnen und Schüler, Bürgerinnen und Bürger, Ehrengäste wie David Wallace, der stellvertretende Botschafter Großbritanniens, und Roseanna Watson, die britische Generalkonsulin für Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz und das Saarland, sowie Vertreterinnen und Vertreter der Landesregierung, der Länder und der Kommunen, der Justiz und der Verwaltung.

Das WDR Sinfonieorchester spielte die Coriolan-Ouvertüre, die Rheinische Sinfonie sowie zum Abschluss die Europahymne. Ein Video zum Jubiläumskonzert finden Sie unter: https://lt.nrw/Videos

Demokratie – kein endgültig gebautes Haus

Der Blick zurück sei zugleich ein Auftrag an alle im Hier und Jetzt. „Wir alle wissen: Demokratie ist nie fertig. Sie ist kein endgültig gebautes Haus“, mahnte Kuper. „Die Gründer unseres Landes haben uns vor 80 Jahren ein Fundament übergeben, das unser gemeinsames Haus bis heute trägt.“ Er verwies auf die Überschrift des jüngst eröffneten Gedenkortes für die Abgeordneten des Landtags, die im Nationalsozialismus verfolgt worden waren: „Er erinnert daran, was das höchste Gebot sein und bleiben muss: ‚Sei ein Mensch!‘“ Er rufe zu Wachsamkeit und Widerstand gegen Unrecht und Unmenschlichkeit auf.

Der stellvertretende britische Botschafter David Wallace betonte in seinem Grußwort, mit der Gründung Nordrhein-Westfalens vor 80 Jahren hätten die Briten nicht nur Grenzen neu geordnet. Vielmehr hätten sie damit zum Ausdruck gebracht, dass Frieden, Wohlstand und Stabilität auf Verantwortung und Zusammenarbeit gründeten. Diese Überzeugung präge bis heute die Verbindung zwischen Großbritannien und Nordrhein-Westfalen, die auf Freundschaft und Partnerschaft beruhe.

Ein Zeichen dieser Freundschaft ist das Geschenk der britischen Regierung anlässlich der Eröffnung des Landtagsgebäudes am Rhein 1988 – die Glocke, mit der der Präsident die Sitzungen eröffnet und leitet. Wallace zufolge liegt die eigentliche Bedeutung dieser Glocke nicht nur darin, Ordnung herzustellen. „Sie erinnert an etwas Grundsätzliches: an die Geschichte dieses Landes und an die Werte, auf denen es aufgebaut wurde.“

Während die Freundschaft von Großbritannien und Nordrhein-Westfalen bis heute andauert, hat der Landtag seit der ersten Sitzung mehrmals den Ort gewechselt. Die Filmreihe „Häuser der Demokratie“ führte das Publikum des Festkonzerts anhand von historischem und mit Hilfe von KI zum Leben erwecktem Bildmaterial durch die vier Stationen, in denen die Abgeordneten bisher zusammenkamen: von der konstituierenden Sitzung im Düsseldorfer Opernhaus am 2. Oktober 1946 über die Zeit des Landtags als Gast im sogenannten Gesolei-Saal der Düsseldorfer Henkel-Werke bis zum Umzug im März 1949 ins Ständehaus am Kaiserteich und dem heutigen Sitz des Parlaments am Rhein.

Mit Schumann zum Sitzungsbeginn

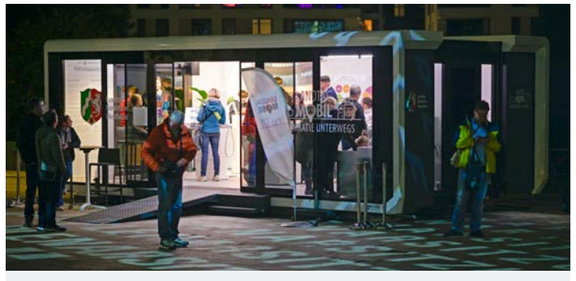
Dort spielt ein musikalisches Werk bis heute eine besondere Rolle, die Sinfonie Nr. 3 von Robert Schumann, die ebenfalls beim Festkonzert erklang. Bis heute werden die Abgeordneten 15 Minuten vor der Plenarsitzung über die Hausrufanlage mit den ersten Takten der „Rheinischen Sinfonie“ an den bevorstehenden Sitzungsbeginn erinnert und daran, dass die Arbeit immer weitergeht. *kri/rüc*

„Einfach los, ohne Voranmeldung“ – Besucherrekord bei der **Parlamentsnacht**

9. Oktober 2026 – Abschluss und Höhepunkt der Woche der Demokratie im Landtag war die Parlamentsnacht. 8.500 Menschen erlebten einen bunten Mix aus Tanz, Musik, Quiz-Formaten, Zaubershows, Live-Podcasts, Informationsangeboten und vielen persönlichen Gesprächen.

Kaum setzte sich der humanoide Roboter in Bewegung, bildete sich eine Traube von Menschen um ihn herum. Einige wichen zurück, andere winkten. Der Roboter hob seinerseits die Hand zum Gruß. „Darf man dem auch die Hand geben?“, fragte ein Besucher. „Besser nicht“, warnte der Mitarbeiter des Deutschen Museums Bonn, der den Roboter mit der Fernsteuerung zum Leben erweckt hatte. „Es tut ganz schön weh, wenn er sie nimmt.“

Der Roboter, der sich durch Sensoren im Raum orientiert, war einer der Publikumsmagnete bei der Parlamentsnacht und doch nur ein Punkt im Programm, das der Landtag und die dort vertretenen Fraktionen vorbereitet hatten – und einer der wenigen, bei denen Berührungsängste angebracht waren.



Das „Landtag Mobil“ feierte bei der Parlamentsnacht auf dem Vorplatz des Landtags Premiere. Am Montag, 12. Oktober 2026, war es erstmals im Außeneinsatz und machte Station in Datteln.

Kernidee der Parlamentsnacht ist es, die Begegnung von Bürgerinnen und Bürgern im Landtag zu ermöglichen. Dies sei heute besonders wichtig, sagte der Präsident des Landtags, André Kuper, bei der Eröffnung der Veranstaltung. „Die Menschen gehen einfach los, ohne Voranmeldung. Ein kleiner Sicherheitscheck, dann haben sie hier im Landtag die Möglichkeit zum Dialog.“ Vor acht Jahren hatte Präsident Kuper die Parlamentsnacht initiiert. „In all den Jahren sind Tausende Menschen zu uns gekommen.“

Auch in diesem Jahr war die Bürgerhalle bereits eine halbe Stunde nach Einlass gut gefüllt. Die Schlange draußen auf dem Vorplatz reichte bis zum Rheinturm. „Wir haben eine halbe Stunde auf den Einlass gewartet“, berichtete eine Besucherin. Die Wartezeit habe sie sich damit vertrieben, Zitate zur Demokratie zu lesen. Wie schon an den vorangegangenen Abenden waren das Landtagsgebäude und der Vorplatz in das Licht der Illumination „Fundament der Demokratie“ getaucht.

Tanz und Magie im Plenarsaal

Wer es gar nicht abwarten konnte, posierte in der Fotobox im „Landtag Mobil“ auf dem Vorplatz, um ein Selbstporträt am Redepult des auf dem Sofortbild täuschend echt wirkenden Plenarsaals mitzunehmen. Den echten Plenarsaal konnten die Gäste im Inneren besuchen. Wer einen der Abgeordnetenplätze ergatterte, erfuhr dort viel über die 80-jährige Geschichte der nordrhein-westfälischen Demokratie, bewunderte die Tanzkünste der Standardtänzer des TSC Düsseldorf Rot-Weiß oder genoss die Show des Düsseldorfer Magiers Yuta Maruyama.

In der Bürgerhalle interviewten die Moderatorinnen Vivien Leue und Elif Şenel unter anderem Präsident Kuper, den Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf, Dr. Stephan Keller, Abgeordnete aller fünf im Landtag vertretenen Fraktionen sowie den Rettungssanitäter und Influencer Luis Teichmann, der auf TikTok als „5_Sprechwunsch“ bekannt ist.

Quiz zur Auschussarbeit

„Toll, dass jetzt auch die Polizei hier vertreten ist“, freute sich einige Meter weiter eine Bürgerin am Stand der unabhängigen Polizeibeauftragten des Landes Nordrhein-Westfalen. „Das hören wir heute häufig“, erläuterte deren Stellvertreterin Julia Hoffmann. Einige Interessierte hätten die Polizeibeauftragte eher im Innenministerium verortet. Tatsächlich ist sie mit ihrem Team seit 1. Oktober 2026 im Sinne größtmöglicher Unabhängigkeit als Ansprechpartnerin für Bürgerinnen und Bürger sowie Polizeibeschäftigte beim Präsidenten des Landtags angesiedelt.

„Ich sollte eigentlich viel mehr über den Landtag wissen“, sagte eine Besucherin beim Durchblättern der Broschüre „So funktioniert der Landtag.“ Schließlich lebe sie schon so lange in diesem Bundesland. Aber Hand aufs Herz: Wer weiß schon alles, was es zu wissen gibt? Etwa, wie viele Gesetze der Landtag seit 1946 erlassen hat oder dass 2025 insgesamt 483 Ausschusssitzungen stattfanden? Diese und weitere Fragen stellten die Mitarbeiter der Parlamentsdienste in einem digitalen Live-Quiz. 300 Wissbegierige nahmen aktiv daran teil, insgesamt verfolgten 1.400 und damit ein knappes Fünftel aller Besucherinnen und Besucher das Quiz und erhielten Einblicke in die Parlamentsarbeit jenseits der Plenarsitzungen.

Landtagspräsident André Kuper und der Düsseldorfer Oberbürgermeister Dr. Stephan Keller eröffneten die Parlamentsnacht. Fotos: Hartmann, Zanin

Einen neuen Rekord erreichte die Parlamentsnacht nicht nur bei der Besucherzahl, die um rund 40 Prozent über der des Vorjahres lag, sondern auch bei der mittlerweile vierten Benefizauktion. Versteigert wurden Geschenke, die Gäste den Landtagspräsidentinnen und -präsidenten überbracht hatten. Bisher hätten Bietende häufig Sorge gehabt, nicht genügend Bargeld dabei zu haben, um zum Beispiel etwas so Wertvolles wie einen Hochzeitsspiegel in einer Fassung aus Silber für 210 Euro zu erstehen, erinnerte Moderator René le Riche. Diesmal beruhigte er sie gleich zu Beginn: „Man kann heute auch mit EC-Karte bezahlen.“ Bei der Versteigerung kamen 2.383 Euro zugunsten der RTL-Stiftung „Wir helfen Kindern“ zusammen. Mit dem Erlös einer Tombola summierte sich die Spende sogar auf 5.000 Euro. *kri*

„Sei ein Mensch“ – **Gedenkort** erinnert an verfolgte Abgeordnete

6. Oktober 2026 – Sie wurden entrechtet, verhört, eingesperrt, misshandelt. Mit einem Gedenkort erinnert der Landtag an 81 Männer und Frauen, die während des Nationalsozialismus politisch verfolgt wurden. Ab 1946 widmeten sie sich als Abgeordnete dem demokratischen Wiederaufbau. Der Gedenkort trägt den Titel „Sei ein Mensch“.

Der Präsident des Landtags, André Kuper, eröffnete den Gedenkort in der Woche der Demokratie, mit der das Parlament seinen 80. Geburtstag feierte. Er würdigte in seiner Rede die Lebensleistung der Verfolgten. Sie hätten die junge Demokratie mit Leben gefüllt und Lehren aus ihren Erfahrungen mit Willkür, Radikalisierung und Unrecht gezogen.

Der Präsident erinnerte auch an die heutigen Herausforderungen für die Demokratie. Er betonte: „Und auch deshalb ist mir dieser Gedenkort so wichtig: Er ist auch Mahnung. Er mahnt uns zu etwas, was so leicht klingt und doch immer unsere höchste Maxime sein und bleiben muss: Sei ein Mensch.“

Der Landtag hatte die Biografien der Abgeordneten über mehrere Jahre wissenschaftlich aufarbeiten lassen. Am Gedenkort sind die Lebensgeschichten der Verfolgten auf einem Display abrufbar – ebenso Lebensläufe, Fotos und historische Dokumente. Auf einer Gedenkwand sind die Namen der Verfolgten eingraviert.

Für den Gedenkort schuf der Künstler Tristan Ulysses Hutgens das Kunstwerk „Widerstände“ aus persischem Travertin (Kalkstein) und gepresstem Kohlenstaub. Hutgens, Absolvent der Düsseldorfer Kunstakadamie, erläuterte, wie er sich dem Thema genähert hatte, wie er die Geschichte der Verfolgten in einer Skulptur umzusetzen versuchte, ohne die Geschichte selbst abzubilden.

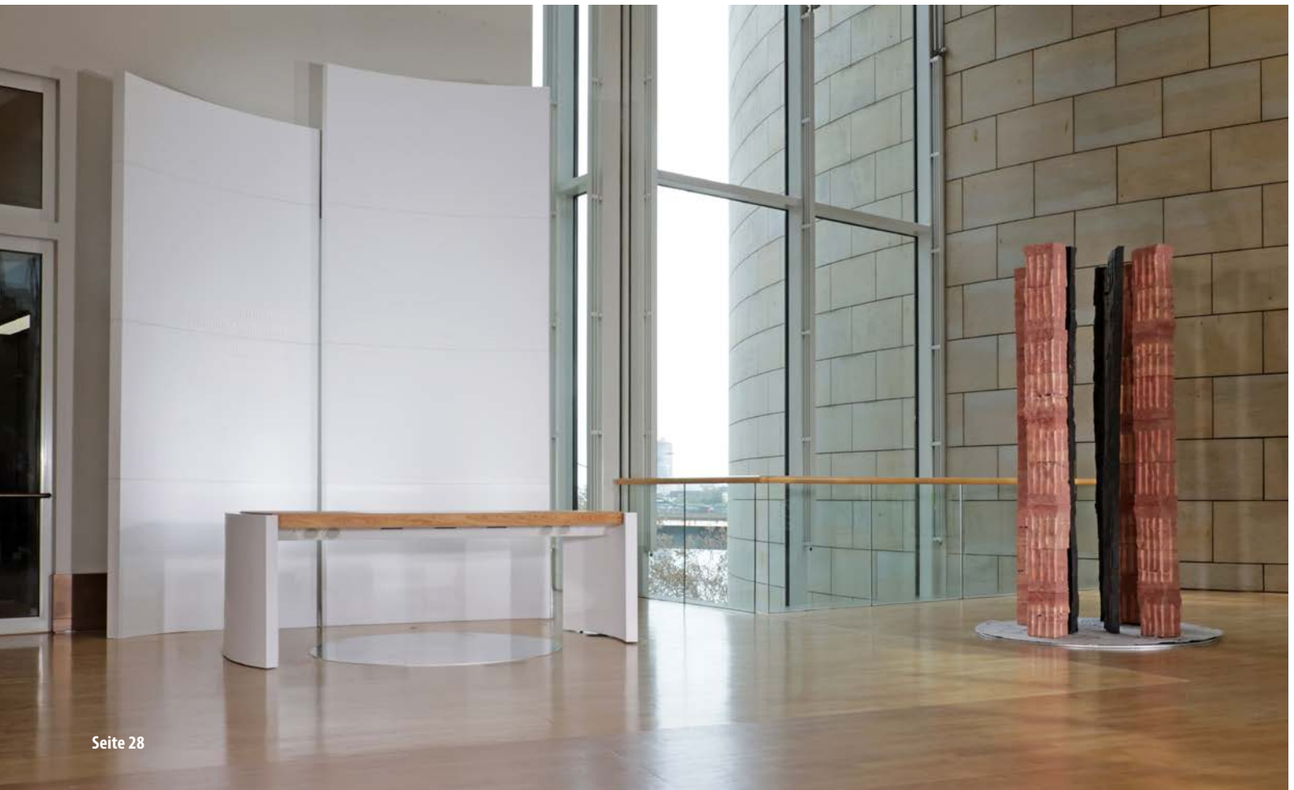
Monument für die Verfolgten

Wichtig sei die Arbeit mit dem Material gewesen, das er bei der Arbeit geformt, das sich ihm aber auch widersetzt habe. Die Arbeit versuche, „ein Verhältnis von Kräften, Widerständen und Positionen“ erfahrbar zu machen. Sie solle etwas von den Lebensumständen vermitteln, in denen sich die Verfolgten befunden hätten, geprägt von dem Widerspruch zwischen der eigenen Überzeugung und einer Macht, die diese Position unterdrückt habe. „Die Arbeit ist damit ein Monument für die verfolgten Abgeordneten, aber zugleich eine Aufforderung, über die Bedingungen von Freiheit, demokratischer Teilhabe und Widerstand nachzudenken.“

Tristan Ulysses Hutgens schuf das Kunstwerk „Widerstände“.

Präsident André Kuper mit der Antisemitismusbeauftragten Sylvia Löhrmann (l.) und Marion Helmy, Enkelin eines verfolgten Abgeordneten

Fotos: Schälte



Erinnerungen einer Nachfahrin

An der Eröffnung nahm auch Marion Helmy teil, Enkelin des 1965 verstorbenen früheren Abgeordneten August Halbfell. In einem Gespräch mit der Antisemitismusbeauftragten des Landes, Sylvia Löhrmann, gab sie sehr persönliche Erinnerungen an einen Mann wieder, der selbst nie über seine Erfahrungen in der NS-Zeit gesprochen habe. Ein Mensch, der auch in schwerer Zeit etwas habe bewirken wollen.

Halbfell (SPD), der erste nordrhein-westfälische Arbeitsminister, war in der NS-Zeit politisch verfolgt und im KZ Esterwege schwer misshandelt worden. Mitglied des Landtags war er von 1946 bis 1954.

Unter den 81 Verfolgten sind viele weitere bekannte Namen: der erste Bundeskanzler Konrad Adenauer, Fritz Henßler, Fraktionschef der SPD von 1946 bis 1953, die erste Frau in einem Ministeramt, Christine Teusch, Paul Luchtenberg, Johanna Melzer und Johannes Brockmann, der erste Landtagspräsident Ernst Gnoß, die nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Karl Arnold und Fritz Steinhoff, Bundespräsident Heinrich Lübke und die „Mütter des Grundgesetzes“ Helene Wessel und Friederike Nadig.

Die Liste der Namen kann erweitert werden. Forschungsstellen, Archive, aber auch Schulen und lokale Initiativen, Angehörige und historisch Interessierte sind eingeladen, eigene Forschungsergebnisse und Dokumente beizutragen.

Die Lebensgeschichten der 81 verfolgten Abgeordneten sind auch im Internet abrufbar: verfolgungsbiografien.landtag.nrw.de

red

Ein Video von der Eröffnung finden Sie unter:
https://lt.nrw/Videos

Porträt: Nina Andrieshen (SPD)

Wie kamen sie in die Politik? Wo liegen ihre politischen Schwerpunkte? Landtag Intern stellt in jeder Ausgabe Abgeordnete vor. Diesmal im Porträt: Nina Andrieshen von der SPD. Die 46-Jährige aus Bocholt ist unter anderem Vorsitzende der Kinderschutzkommission.

Wenn Nina Andrieshen an ihre Kindheit denkt, erinnert sie sich an Familienfeiern. „Bei uns war das immer sehr, sehr laut“, sagt sie. Es sei heftig über Politik diskutiert worden, manchmal so laut, dass man hätte meinen können, die Familie würde sich gleich zerstreiten. Dabei hätten am Ende alle dasselbe gewählt. Politik habe bei den Andrieshens einfach dazu gehört: Die Familie engagierte sich bei der AWO, war in der SPD aktiv, ihr Onkel machte Kommunalpolitik, berichtet sie. Als Andrieshen 14 Jahre alt war, wollte er sie gleich zu den Jusos schicken. Sie lehnte ab. Gerade weil sie aus einer so politischen Familie kam, habe sie ihre Entscheidungen selbst treffen wollen.

Es dauerte bis zu ihrem 31. Lebensjahr, bis sie sich bewusst für die SPD entschied. „Ich habe immer ein bisschen das Gefühl gehabt, ich bin so vorgeprägt durch meine Familie. Ich will das nicht“, sagt sie. Als sie schließlich in die SPD eintrat, sei das keine Selbstverständlichkeit, sondern eine bewusste Entscheidung gewesen. Vor rund 15 Jahren begann sie, sich kommunalpolitisch zu engagieren.

Andrieshen hatte gerade ihr zweites Kind bekommen, ihre Tochter war ein Jahr alt, sie selbst in Elternzeit. Einen konkreten Auslöser gab es nicht. Eher ein Gefühl: „Jetzt fühlt sich das richtig an für mich, in die Politik einzusteigen.“ Später, inzwischen Mutter von drei Kindern, stand sie vor einer ähnlichen Entscheidung: Sozialpädagogik zu studieren oder sich stärker politisch zu engagieren? Sie entschied sich für die Politik. Rückblickend passt für sie beides zusammen, wie sie sagt: ihr ursprünglicher Beruf als Erzieherin und ihre politische Arbeit, besonders bei Kinderschutz und Kinderrechten.

Engagement für den Kinderschutz

Der Weg in den Landtag sei zunächst nicht geplant gewesen. Eine enge Vertraute habe sie angesprochen, ob sie sich eine Kandidatur vorstellen könne. Andrieshen sah, dass die Landespolitik zu ihren Themen passte. Sie sei bereits in der Familien- und Jugendpolitik engagiert gewesen und habe erlebt, welche Probleme es in Kitas gegeben habe. Wenn sie daran etwas ändern wollte, schien ihr die Landesebene der richtige Ort dafür. „Da will ich hin“, war schließlich ihre Entscheidung. Für einen solchen Schritt brauche es manchmal Unterstützung von anderen, sagt sie: Fürsprecher und Mentoren, die einem zutrauen, dass man es schaffen kann.

Im November 2021 rückte Andrieshen über die Landesliste in den Landtag nach – ein halbes Jahr vor dem Ende der Legislaturperiode. Viel Zeit für eine Eingewöhnung sei nicht geblieben. Sie sei in eine bestehende Fraktion gekommen, in der die Abläufe längst eingespielt waren. Und dann war da noch die Corona-Pandemie. „Ich hatte das Gefühl, ich kenne die jetzt alle langsam mit Namen, aber man sieht die Leute selten ohne Maske.“ Die ersten Monate seien für sie eine Abfolge von Premieren gewesen: neue Räume, neue Abläufe, neue Wege. Heute kennt sie die meisten – nur im Untergeschoss kann sie sich nach wie vor verirren.

Politisch ist Nina Andrieshen dort angekommen, wo ihr beruflicher Weg begonnen hat: bei Kindern und Jugendlichen. Bildung sei für sie ein zentrales landespolitisches Thema. Die Bildungskette beginne für sie schon in der Kita. Auch Jugendpolitik biete aus ihrer Sicht ein weites Feld, um etwas zu bewegen. Besonders wichtig ist ihr der Kinderschutz. „In der Kinderschutzkommission arbeiten wir parteiübergreifend gut mit den anderen demokratischen Fraktionen zusammen.“ Bei der grundsätzlichen Zielrichtung, Kinder zu schützen, lägen diese nah beieinander. Unterschiede gebe es bei den jeweiligen Schwerpunkten. Miteinander im Gespräch zu bleiben und gemeinsam an Themen zu arbeiten, sei für sie eine Stärke der parlamentarischen Arbeit.

Andrieshen kommt aus Bocholt im Kreis Borken, einer Stadt mit rund 70.000 Einwohnern, die stark ländlich geprägt ist. Entsprechend wichtig seien für sie daher auch die Themen des ländlichen Raums. Etwa der öffentliche Nahverkehr: Wie kämen Jugendliche und Menschen, die sich kein Auto leisten könnten, von A nach B? Auch der Ärztemangel wiege auf dem Land besonders schwer. Um mitzubekommen, was die Menschen vor Ort beschäftigt, suche sie vor allem den Kontakt zu sozialen Akteuren.

Viel Zeit für andere Dinge bleibt seit ihrem Einzug in den Landtag nicht. In ihrer Freizeit steht sie am Fußballplatz ihres Sohnes oder steigt aufs Fahrrad. Das Münsterland biete dafür ideale Bedingungen. Auch Wandern gehört zu ihren Hobbys, zuletzt ist sie den Rheinsteig gegangen.

Und Düsseldorf? Die Stadt habe sie inzwischen zumindest ein Stück weit für sich entdeckt – auch dank ihrer Kinder. Ihr ältester Sohn ist 24, ihre Tochter 16, beide sind große Japan-Fans. So kennt Andrieshen inzwischen auch die japanische Seite der Immermannstraße und weiß, wo es gute Ramensuppe gibt. Als Familie hätten sie Düsseldorf einmal bewusst an einem Wochenende erkundet. Denn im politischen Alltag sehe man von der Stadt oft wenig, sagt sie: Bahnhof, Landtag, Tiefgarage. Umso schöner sei es, ab und zu den Landtag zu verlassen und zu schauen, was direkt vor der Tür liege. *Maike von Galen*

Zur Person

Nina Andrieshen ist 1980 in Bocholt geboren und lebt dort mit ihrer Familie. Bis 2021 war sie als staatlich anerkannte Erzieherin tätig. Seit 2011 ist sie Mitglied der SPD. Als stellvertretende Vorsitzende im SPD-Unterbezirk des Kreises Borken sowie als Beisitzerin im SPD-Regionalverband Westliches Westfalen engagiert sie sich bis heute kommunalpolitisch. Darüber hinaus ist sie Mitglied der Gewerkschaft Verdi. Abgeordnete im Landtag Nordrhein-Westfalen ist sie seit November 2021.

Nachgefragt

Was ist Ihr Lieblingsbuch und warum?
Pippi Langstrumpf – immer noch! In diesem Buch steckt so viel Lebensfreude und eine gehörige Portion kindliche Rebellion gegen gängige Normen.

Welche Musik hören Sie gerne?
U2 bin ich seit meiner Jugend treu geblieben. Muse und die Liebe für Beethoven kamen später hinzu.

Was haben Sie immer in Ihrem Kühlschrank vorrätig?
Kinderriegel. Gekühlt schmecken sie einfach am besten.

Ihr liebstes Reiseziel?
Heiligenhafen an der Ostsee. Seit unserem ersten Hausbooturlaub zieht es uns immer wieder dorthin.

Jugend im Landtag

Vom 12. bis 14. November 2026 findet der 16. Jugendlandtag statt. Drei Tage lang werden Jugendliche und junge Erwachsene aus ganz Nordrhein-Westfalen auf den Sitzen der Abgeordneten Platz nehmen und die parlamentarische Demokratie hautnah erleben. Sie wählen Fraktionsvorsitzende, diskutieren über Anträge und tauschen sich dazu mit Sachverständigen aus. Themen sind die Stärkung von digitaler Medienkompetenz und Demokratiebildung sowie die Einführung eines Kulturpasses auf Landesebene. Höhepunkt ist die Plenarsitzung am Samstag, 14. November 2026, die ab 10 Uhr live im Internet übertragen wird unter www.landtag.nrw.de.

Foto: Hartmann

Neue Ausgabe

Die nächste Ausgabe der Parlamentszeitschrift Landtag Intern erscheint am Dienstag, 22. Dezember 2026. Sie ist ab Freitagnachmittag, 18. Dezember 2026, online abrufbar unter www.landtag.nrw.de.

Gestorben

13.10. **Rita Klöpper** (CDU/82)
MdL 2005 - 2017

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion (red): Wibke Busch (wib, V.i.S.d.P.), Vanessa Kriele (kri), Thomas Becker (tob), Dr. Nils Rücker (rüc), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2462 (kri), 884-2442 (wib), (0211) 884-2304 (tob), (0211) 884-2293 (rüc), (0211) 884-2309 (bs), landtag-intern@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Matthias Kerkhoff (CDU), Ina Blumenthal (SPD), Jule Wenzel (Grüne), Marcel Hafke (FDP), Christian Loose (AfD), Pressesprecher/-innen: Dirk Michael Herrmann (CDU), Andreas Hahn (SPD), Katharina Bons (Grüne), Saskia Fröhlich (FDP), Enxhi Seli-Zacharias MdL (AfD).

Redaktionsschluss: Freitag, 16. Oktober 2026, 12 Uhr

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten. Kürzungen oder Veränderungen der Beiträge sind nicht zulässig.

Die Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ liegen in der alleinigen Verantwortung der jeweiligen Fraktion.

Ein Nachdruck der Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ ist nur mit Zustimmung der jeweiligen Fraktionspressestelle und bei entsprechender Quellenangabe möglich.

Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Abgeordneten oder Wahlbewerberinnen und -bewerbern – insbesondere zum Zweck der Wahlwerbung – ist unzulässig.

Titelfoto: Schälte

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand: reha gmbh zur beruflichen und sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Dudweilerstraße 72, 66111 Saarbrücken

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

www.landtagintern.de

Leserservice und kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren?

Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Öffentlichkeitsarbeit des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2129 (montags bis freitags, 9 bis 13 Uhr), landtag-intern@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

Friedensnobelpreisträgerin im Landtag

Der Präsident des Landtags, André Kuper, hat am 14. Oktober 2026 die Friedensnobelpreisträgerin Oleksandra Matviichuk empfangen. Die ukrainische Juristin und Menschenrechtsaktivistin hatte den Preis 2022 als Gründerin der Menschenrechtsorganisation Center for Civil Liberties erhalten. Im Anschluss an den Empfang verfolgte Matviichuk die Plenarsitzung von der Besuchertribüne aus und wurde mit stehendem Applaus von den Abgeordneten begrüßt. Präsident Kuper sagte mit Blick auf den russischen Angriffskrieg in der Ukraine: „Ein Frieden, der dauerhaft Bestand haben soll, braucht Gerechtigkeit. Dazu gehört, Kriegsverbrechen aufzuklären, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen und sich für die Rückkehr verschleppter Kinder einzusetzen. Oleksandra Matviichuk und ihre Organisation leisten dafür wichtige Arbeit. Es ist wichtig, den Menschen hinter den Nachrichten eine Stimme zu geben und die Unterstützung für die Ukraine auch parlamentarisch sichtbar zu machen.“ Foto: Schälte